

ABSCHLUSSBERICHT
UND EMPFEHLUNGEN

13 SITZUNGEN
16. DEZEMBER 2020 –
16. DEZEMBER 2021

Bürgerforum Corona



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

GRUSSWORT DER STAATSRÄTIN



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bürgerforum-Corona war in vielerlei Hinsicht ein Novum. Eine nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Gruppe von 55 Bürgerinnen und Bürgern hat sich ein ganzes Jahr mit der Corona-Pandemie und ihren Auswirkungen befasst. Als wäre es nicht schon genug, sich im Alltag mit den eigenen Sorgen und Nöten der Pandemie herumzuschlagen! Sicherlich ist das eines der gelungenen Beispiele für eine intensive bürgerschaftliche Aktivität. Die Vielfalt der Themen im Bürgerforum machte sich eindrücklich an der Lebenswirklichkeit der Teilnehmenden fest.

Den Mitgliedern des Bürgerforums gebührt großer Dank und Respekt für ihr Engagement und ihre Ausdauer. Das gilt auch für jene, die aus privaten oder beruflichen Gründen nicht die ganze Zeit mitmachen konnten. Sie alle haben Zeit für Beruf, Familie und Freizeit geopfert, um hier dabei zu sein. Aber auch unseren 42 Fachleuten und Betroffenen möchte ich an dieser Stelle sehr herzlich danken. Sie haben eine qualifizierte Betrachtung, eine fachkundige Diskussion und gute Beratungsergebnisse möglich gemacht. Wir sehen uns nun in der Pflicht, uns mit den Empfehlungen des Bürgerforums ernsthaft zu befassen.

Die Ergebnisse stehen erkennbar auch im jeweiligen Kontext des Pandemieverlaufs. Impfstoffknappheit oder -überschuss, die Wirksamkeit von Masken, die dynamische Entwicklung der Omikron-Variante: Seit Beginn der Pandemie haben sich Wissensstände und Sachverhalte in kurzer Zeit immer wieder verändert. Politische Entscheidungen mussten daran angepasst werden. Das spiegeln die Empfehlungen wieder, schmälert sie jedoch nicht. Wir werden sie dem Landtag übermitteln und in die Arbeit der Landesregierung integrieren. Als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung begrüße ich sehr, dass sich mit diesem Forum auch das Format der Online-Konferenz bewährt hat.

Ich nehme den gelungenen Abschluss des Bürgerforums Corona zum Anlass, mich bei meiner Vorgängerin im Amt, Gisela Erler, herzlich zu bedanken: Sie war die Urheberin dieses Formats intensiver Bürgerbeteiligung.

Wir alle haben mit dem Bürgerforum Corona gezeigt, dass Bürgerbeteiligung selbst in Krisenzeiten nicht nur notwendig, sondern auch durchführbar ist.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Barbara Bosch'.

Barbara Bosch
Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

INHALT

| | |
|---|----|
| KURZFORM | 4 |
| ZUSAMMENFASSUNG EMPFEHLUNGEN | 5 |
| <hr/> | |
| DAS VERFAHREN | 6 |
| ● HINTERGRUND | 6 |
| ● AUSWAHL DER THEMEN | 7 |
| ● DIE DURCHFÜHRUNG DES BÜRGERFORUMS CORONA | 10 |
| ● DIE SITZUNGEN DES BÜRGERFORUM CORONA | 12 |
| <hr/> | |
| TEILNEHMENDE | 23 |
| ● ZUFALLSAUSWAHL UND TEILNEHMENDE | 23 |
| ● VERFAHRENSBEWERTUNG | 24 |
| <hr/> | |
| EMPFEHLUNGEN | 27 |
| ● GESAMTÜBERSICHT EMPFEHLUNGEN | 28 |
| ● EMPFEHLUNG 1: AUSWEITUNG DER TESTSTRATEGIE | 30 |
| ● EMPFEHLUNG 2: ALLGEMEINE IMPFPFLICHT | 32 |
| ● EMPFEHLUNG 3: GESELLSCHAFTLICHER DRUCK | 34 |
| ● EMPFEHLUNG 4: AUSWEITUNG IMPFKAPAZITÄTEN | 35 |
| ● EMPFEHLUNG 5: BESSERE IMPFAUFKLÄRUNG | 36 |
| ● EMPFEHLUNG 6: PFLEGENOTSTAND | 39 |
| ● EMPFEHLUNG 7: KEINE WEITEREN LOCKDOWNS | 40 |
| ● EMPFEHLUNG 8: KEINE GENERELLEN SCHULSCHLIESSUNGEN | 42 |
| ● EMPFEHLUNG 9: EINHEITLICHE REGELUNGEN | 44 |
| ● EMPFEHLUNG 10: TESTS UND KONTROLLEN | 46 |
| ● EMPFEHLUNG 11: MEHR GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT | 48 |
| ● NICHT VERABSCHIEDETE EMPFEHLUNG: KEINE IMPFPFLICHT FÜR BERUFSGRUPPEN | 50 |
| <hr/> | |
| AUSBLICK | 53 |
| ● RESÜMEE | 53 |
| ● WIE GEHT ES WEITER MIT DEN EMPFEHLUNGEN? | 53 |
| <hr/> | |
| ANHANG | 54 |
| ● REDNERINNEN UND REDNER | 54 |
| ● EXPERTINNEN UND EXPERTEN | 55 |
| ● LINKSAMMLUNG | 56 |
| <hr/> | |

Das Bürgerforum hat sich nach eingehender Diskussion auf elf zentrale Empfehlungen geeinigt, die teilweise mit Unterpunkten versehen sind. Einige dieser Empfehlungen stützen sich direkt auf Diskussionsergebnisse, die in thematischen Bürgerforen auf Basis von Fachvorträgen erarbeitet wurden. Andere Empfehlungen haben übergreifenden Charakter und stützen sich nicht direkt auf Pro- und Kontra-Positionen aus den Fachvorträgen. Eine Empfehlung hat keine Mehrheit erhalten. Es war das ausdrückliche Votum der Teilnehmenden des Bürgerforums, auch diese Empfehlungen in das Gutachten aufzunehmen und dabei den Grad der Zustimmung zu dokumentieren.

ZUSAMMENFASSUNG EMPFEHLUNGEN

Folgende acht Empfehlungen wurden einstimmig oder mit großer Mehrheit gefasst:

- **Ausweitung der Teststrategie zur Verhinderung von Lockdowns: kostenlose Bereitstellung von Bürgertests und kostengünstigen PCR-Tests, Zertifizierung der Tests, schnelle Mitteilung der PCR-Testergebnisse, Testpflicht in sensiblen Bereichen auch für Geimpfte**
- **Ausweitung der Impfkapazitäten durch Bund und Länder**
- **Bessere und verständlichere Impfaufklärung: transparente und barrierearme Information als Voraussetzung für das Vertrauen in die Politik**
- **Systematische Krankenhauspolitik und Aufwertung des Pflegeberufs**
- **Ablehnung weiterer Lockdowns: keine Beschränkungen für Geimpfte, Vermeidung der Schäden für Kultur und Wirtschaft**
- **Ablehnung genereller Schulschließungen: soviel Präsenzunterricht wie möglich an Schulen und Universitäten, Unterstützung von Kindern mit besonderem Bedarf**
- **Klare, bundes- oder EU-weit gültige Regeln zu Kontakt- und Reisebeschränkungen in Gastronomie, Hotellerie und bei Events**
- **Bessere Kontrollen von Impf- und Testnachweisen in Tourismusgebieten, Gastronomie und Kultur**

Folgende drei Empfehlungen haben übergreifenden Charakter und wurden jeweils nur mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen gefasst:

- **Einführung einer allgemeinen Impfpflicht**
- **Keine weitere Erhöhung des gesellschaftlichen Drucks auf Ungeimpfte, besser Stärkung der Eigenverantwortung**
- **Förderung des Zusammenhalts der Gesellschaft und mehr Zutrauen in die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger: keine Ausgrenzung von Ungeimpften, keine polizeilichen Kontrollen im privaten Raum**

DAS VERFAHREN

HINTERGRUND

Die Landesregierung Baden-Württemberg fördert seit 2011 kontinuierlich eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. So wurden beispielsweise Regeln für die Beteiligung bei Infrastrukturmaßnahmen des Landes geschaffen (Verwaltungsvorschrift Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung und ein entsprechender Planungsleitfaden), die Anhörung von Maßnahmen und Gesetzesentwürfen online ermöglicht und Formen der direkten Demokratie gestärkt. Mit dem Gesetz über die Dialogische Bürgerbeteiligung wurde eine rechtliche Grundlage gelegt, damit staatliche Stellen Kandidatinnen und Kandidaten für Beteiligungsprozesse zufällig aus dem Melderegister ziehen dürfen.

Krisen stellen eine Herausforderung für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger dar:

Die Corona-Pandemie betrifft alle Bereiche unserer Gesellschaft und unseres Lebens. Wissenschaftliche Erkenntnisse ändern sich, aber auch das Virus selbst. Zudem muss sich die Landesregierung an gesetzliche und verfassungsrechtliche Regelungen wie auch an die Rechtsprechung halten. In dieser Gemengelage müssen zudem teilweise schnell Entscheidungen getroffen und in Form von Verordnungen zügig umgesetzt werden. Das sind keine idealen Rahmenbedingungen für eine Beteiligung.

Trotz dieser Hürden für eine Beteiligung hat die Landesregierung im zweiten Halbjahr 2020 das Bürgerforum Corona auf den Weg gebracht. Mit diesem beauftragt wurden das nexus Institut in Berlin in Kooperation mit dem Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) aus Freiburg. In der Regel haben Bürgerforen konkrete Fragestellungen, die sie bearbeiten sollen. So hat sich im Jahr 2017 ein Bürgerforum am Landtag von Baden-Württemberg mit der Altersversorgung der Abgeordneten oder im Jahr 2020 mit der Sanierung der Württembergischen Staatstheater in Stuttgart auseinandergesetzt. In der Corona-Pandemie war es der Landesregierung ein Anliegen, eine Art

Begleitgremium und einen Resonanzraum zu schaffen, in dem sich 50 zufällig ausgewählte Mitglieder über die Maßnahmen und deren Konsequenzen austauschen konnten. Das Bürgerforum Corona sollte Meinungen und Stimmungen zusammentragen und sichtbar machen. Die Landesregierung wollte zuhören und erfahren, wie die Menschen die Lage empfinden und welche Bedürfnisse sie haben. Wie haben die Menschen die bisherige Entwicklung wahrgenommen? Was erwarten sie von der Landesregierung? Das Bürgerforum sollte Empfehlungen an die Landesregierung zurückspiegeln. Um die Breite der Krise zumindest teilweise abdecken zu können, wurde ein für ein Bürgerforum langer Zeitraum von einem Jahr mit je einem Treffen pro Monat gewählt. Wohl wissend, dass ähnliche Beteiligungsformate über längere Zeiträume, wie die Citizens' Assembly in Irland, zu fluktuierenden Mitgliederzahlen führen.

AUSWAHL DER THEMEN

Welche Themen besprochen werden sollten, wurde den Mitgliedern des Bürgerforums überlassen. Eine Themenlandkarte, die im Vorfeld des Bürgerforums online kommentiert werden konnte, diente dabei als Grundlage. 300 Beiträge und über 5.000 Bewertungen zu den verschiedenen Themenbereichen wurden auf dem Beteiligungsportal hinterlegt. Mit der Themenlandkarte konnten die wichtigsten Bereiche und Unteraspekte identifiziert werden. 11 der 12 Bereiche und 53 von insgesamt 87 Unteraspekten wurden im Bürgerforum diskutiert.

Die Themenlandkarte ist auf der folgenden Doppelseite abgebildet.

Die thematische Autonomie des Bürgerforums führte zu dem, dass sich öffentlich diskutierte Themen aufdrängten (zum Beispiel das Impfen/die Impfpflicht). Gleichwohl diskutierte das Forum auch Themen, die zu dem entsprechenden Zeitpunkt nicht die größte öffentliche Aufmerksamkeit hatten (zum Beispiel Reisen, Gastronomie).

Auf Initiative der Allianz für Beteiligung aus Stuttgart und der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung organisierte sich ein Corona-Forum Zivilgesellschaft. In diesem Forum kamen Organisationen zu Wort, deren Mitglieder und deren überwiegend ehrenamtliche Tätigkeit auch unter der Pandemie und den Maßnahmen litten. Das Forum tagte zu wechselnden inhaltlichen Schwerpunkten, auch die Corona-Maßnahmen der Landespolitik waren Gegenstand der Erörterungen. Die zivilgesellschaftlichen Akteure wollten Impulse für die Landespolitik und die zivilgesellschaftliche Arbeit in Baden-Württemberg geben, die helfen, die Corona-Pandemie und ihre Folgen zu mindern. Zudem bietet das Forum den vielen Akteuren der Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg, die bei der Bewältigung der Corona-Pandemie stark gefordert sind, eine Perspektive. Das Corona-Forum Zivilgesellschaft wollte Impulse geben, um Selbstorganisation und das praktische Tun vor Ort zu stärken.

Beide Foren organisierten den Austausch mit Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg. Ihre Empfehlungen wurden der Landesregierung vorgelegt und werden in Form von Abschlussberichten festgehalten.

Neben diesen Foren organisierte die Landesregierung in den Grenzregionen zur Schweiz und zu Frankreich noch weitere Bürgerforen. Hintergrund war die besondere Belastung der Grenzregionen durch die geschlossenen Grenzen. Eine Konsequenz dieser Gesprächsrunden war, dass die Landesregierung Ausnahmen bei den Quarantäneregeln für Einreisende aus den Grenzgebieten forderte und umsetzte.

THEMENLANDKARTE CORONA

KULTUR, SPORT, FREIZEIT UND EVENTS

Ausgleich Rücksichtnahme auf alle
und Bedürfnis nach Spaß und
gemeinschaftlichen Freizeitaktivitäten

(Bedürfnis nach) Geselligkeit

Sportvereine, Vereinsleben

Freizeit und Events vs. Einschränkung

Freizeitbedürfnis von
Jugendlichen und jungen Menschen

Rolle von Strafen (Exzesse in Spanien
nach Ende des harten Lockdowns)

Rolle von Unterhaltung und Kultur

Sportstätten als Orte der Gesundheit

„Eventisierung“ der Kultur funktioniert jetzt nicht

WISSENSCHAFT

Wissenschaftskommunikation

Rolle von Wissenschaft

Kontroversen

Änderungen der Erkenntnisse

Transparenz / Nachvollziehbarkeit

RITUALE

Familienzusammenkünfte

Weihnachtsfeiern

Religiöse Rituale

Verlust von Kulturgut?

Öffentliche Feste wie Jahrmärkte

Rolle von Ritualen
für die Gesellschaft

SOZIALE LANGFOLGEN

Einsamkeit

Spaltung der Gesellschaft

Distanzierteres Leben

Depressionen

Spätfolgen Bildung

Mehr Aggression,
z.B. Maske als Indikator
für sozialadäquates Verhalten

Existenzverlust

MASSNAHMEN

Besuchsbeschränkung
bei Krankenpflegeeinrichtungen

Sperrstunden und Kontaktbeschränkung

Klare Ansage der Politik gewünscht

(Mehr) Kontrollen

Gerechtigkeitsfrage
(Betrifft alle Aspekte)

Warn-App

Langzeitplan

Mund- und Nasenschutz

Alkoholverbote

NACHBARSCHAFT

Eigene Nachbarschaft: Hilfsbereitschaft vs. Distanz

Möglichkeiten des Engagements / des Ehrenamts

Nachbarschaft an der Grenze
von Baden-Württemberg

Grenzsicherungen

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Homeoffice

Wirtschaftshilfen

Finanzielle Bürden

Beschränkung der Grundrechte

Vorsorgender Staat

Arbeitsschutzmaßnahmen

Berufsaussichten

Politik – zentral oder föderal

SCHULE UND KINDERBETREUUNG

Bedeutung für das öffentliche Leben

Benachteiligte Kinder

Digitales Lernen

„Generation Corona“

Homeschooling Infrastruktur (Gebäude und IT)

Schutz / Würdigung der Lehrer

„Kein Konzept“

Bsp.: Frühe Weihnachtsferien

ZEITENWENDE UND NEUSTART

Digitalisierung

Mehr Nachhaltigkeit?

Wie starten wir in die post-Corona-Zeit?
(Analogie Oktoberfest)

Neustart für kritische Themen

Krise als Chance

Wirtschaftswunderzeit

Lebensmittel

Natur & Tierwohl

Gewonnene Sozial-Kompetenzen nutzen/fördern

EINZELNE BETROFFENE

Senioren

Heimbewohner

Jugend, Kinder, Eltern

Hilfsbedürftige

Gastronomie und Event-Veranstalter

Parteien und Vereine

Einzelne Branchen

Pflege, Krankenhauspersonal

Kulturtreibende (z.B. Musiker, Künstler)

Risikogruppen und deren familiäres Umfeld

Solo-Selbständige

Aussterbende Branchen

Wirtschaft

Verwaltung

Menschen mit Behinderung

KOMMUNIKATION

Klare Ansagen der Politik

Zentrale Hotlines?

Handeln unter Unsicherheit

Fake News und Verschwörungserzählungen

Leichte Sprache

MOBILITÄT

Schulverkehr

Schienenverkehr

Öffentlicher Personennahverkehr

ANMERKUNG DER REDAKTION:

Alle weiß hinterlegten Themen konnten in den Sitzungen des Bürgerforums behandelt werden.

DIE DURCHFÜHRUNG DES BÜRGERFORUMS CORONA

Im Rahmen des Bürgerforum Corona fanden im Monatsturnus insgesamt 13 Sitzungen statt. Jede Sitzung war auf drei Stunden Dauer angelegt, sodass die Teilnehmenden insgesamt 39 Stunden für das Bürgerforum tätig waren.

Alle Sitzungen haben online stattgefunden und wurden mit der Videokonferenz-Plattform Webex Meetings durchgeführt.

Online-Formate haben unter anderem den Vorteil, dass sie ortsunabhängig durchgeführt werden können und somit potentielle Barrieren, die eine Präsenzveranstaltung mit sich bringen kann, vermindert werden: unter anderem geringerer Zeitaufwand durch Wegfall von Anfahrtswegen, Angehörige müssen sich nicht von betreuungsbedürftigen Familienmitgliedern entfernen, mobilitätseingeschränkte Personen müssen keine Anfahrtswege auf sich nehmen. Daneben birgt der digitale Zugang zur Beteiligung auch Nachteile: Nicht alle Menschen können souverän mit Computern und Online-Tools umgehen. Den Veranstalterinnen und Veranstaltern war es daher besonders wichtig, auch technisch ungeübten Mitgliedern des Bürgerforums eine bequeme und sichere Teilnahme an den Online-Sitzungen zu ermöglichen. Um die Teilnehmenden dafür ausreichend zu befähigen, wurden folgende Maßnahmen eingesetzt:

- Die Zusendung von technischer Ausrüstung (Webcam, Headset) bei Bedarf.
- Die Durchführung eines „Technik-Tests“ noch vor der ersten Sitzung des Bürgerforums. Beim Technik-Test übten die Teilnehmenden, sich einzuwählen und die Bedienelemente von Webex zu verwenden.
- Beim Technik-Test wurden weitere Hilfsbedarfe identifiziert und im Nachgang individuell gelöst, zum Beispiel durch telefonische Beratung oder einen weiteren Probelauf.
- Zu allen Sitzungen wurde eine Telefon-Hotline bereitgestellt. Hier konnten die Teilnehmenden bei technischen Schwierigkeiten anrufen und erhielten Hilfestellung.
- Ebenso war die Teilnehmendenbetreuung werktags durchgängig für inhaltliche und technische Fragen telefonisch und per E-Mail ansprechbar.

Alle Sitzungen folgten in ihrem Aufbau demselben Schema:

| | |
|------------|---|
| 5 Min | Begrüßung und inhaltliche Einführung |
| 5 Min | Grußwort der Staatsrätin |
| 15 Min | Lagebericht der Landesregierung mit anschließenden Rückfragen |
| ca. 50 Min | ca. 3 – 4 Fachvorträge von Expertinnen und Experten mit anschließenden Rückfragen und Diskussionen mit den Teilnehmenden (jeweils ca. 15 Min) |
| 15 Min | Pause |
| ca. 50 Min | Kleingruppenarbeit der Bürgerinnen und Bürger mit jeweils ca. 5 Teilnehmenden mit dem Ziel, Empfehlungen zu den Arbeitsfragen der Sitzung zu erarbeiten |
| ca. 25 Min | Vorstellung der Ergebnisse aus den Kleingruppen im Plenum |
| 15 Min | Voting und Abstimmung der Ergebnisse |
| 5 Min | Zusammenfassung und Ausblick |

Die Arbeitsergebnisse in den Kleingruppen wurden an der für alle einsehbaren Online-Pinnwand „Padlet“ festgehalten. Über Padlet wurden auch die Abstimmungen realisiert. Jede Kleingruppe wurde gebeten, ihre drei wichtigsten Diskussionsergebnisse im Plenum vorzustellen.

Diese Ergebnisse wurden auf einer gesonderten Online-Pinnwand festgehalten.

Im Anschluss an die Sitzungen erhielten die Teilnehmenden eine fünf- bis zehnteilige Dokumentation der vergangenen Sitzung mit einem Sitzungsüberblick, einer Ergebnisbeschreibung und der wortgetreuen Abschrift aller Ergebnisse aus den Kleingruppen.

In der Auftaktsitzung wurden die Teilnehmenden inhaltlich eingestimmt. Die Mitglieder des Bürgerforums bestimmten in einer Mehrheitsabstimmung, an welchem Wochentag und zu welcher Uhrzeit die zukünftigen 12 Sitzungen des Bürgerforum stattfinden sollten. Zudem haben sie über eine Punktebewertung diejenigen Themen priorisiert, die sie im Rahmen des Bürgerforums behandeln wollten.

Rednerinnen und Redner in der Sitzung waren:

- Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- Arne Braun, Sprecher der Landesregierung Baden-Württemberg mit einem Lagebericht zur Corona-Pandemie in Baden-Württemberg
- Ulrich Arndt, Leiter der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung mit einem Überblick über die Themenlandkarte Corona

Die Fragen für die Kleingruppenarbeit der Teilnehmenden lauteten:

- Frage 1
Wie ist es Ihnen bisher mit der Corona-Pandemie ergangen?
- Frage 2
Was ist für Sie aktuell am schwierigsten?
- Frage 3
Welche drei Themen sind für Sie als Gruppe aktuell am wichtigsten?



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung1](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung1)

**ZWEITE SITZUNG:
„PLAN B NACH DEM LOCKDOWN“
(21. JANUAR 2021)**

Das 2. Bürgerforum Corona drehte sich um die Frage, wie es das Land Baden-Württemberg schaffen kann, den Lockdown vom Januar 2021 zu beenden. Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um das Infektionsgeschehen so einzudämmen, dass man aus dem Lockdown wieder herausfindet.

Rednerinnen und Redner in der Sitzung waren:

- **Manne Lucha**, Minister für Soziales und Integration, er stand im Anschluss an seinen Redebeitrag für Fragen der Teilnehmenden bereit
- **Gisela Erler**, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- **Stephan Brockmann**, Referatsleiter Gesundheitsschutz und Epidemiologie im Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg mit einem Lagebericht zum aktuellen Stand der Planungen der Landesregierung

Die Fachvorträge wurden gehalten von:

- **Dr. Viola Priesemann**, Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation Göttingen mit einer Pro-Position zu harten Lockdowns
- **Dr. Lisa Federle**, Pandemiebeauftragte des Landkreises Tübingen mit dem Plädoyer für einen sicheren, aber raschen Ausstieg aus dem Lockdown

Die Fragen für die Kleingruppenarbeit der Teilnehmenden lauteten:

- **Frage 1**
Soll der Lockdown weitergeführt oder sogar noch härter werden (z.B. strikte Ausgangssperren, Schließung von Firmen, durchgängige Schließung von Kita und Schule etc.), bis die Ansteckungszahlen niedrig sind?
- **Frage 2**
Wann kann der Lockdown aufgehoben und Einschränkungen abgebaut werden?
- **Frage 3**
Welche Rolle könnten Schnelltests spielen, um schneller zu lockern? Z.B. in Altenheimen, Schulen, am Arbeitsplatz, in Restaurants, Bars, Konzertsälen
- **Frage 4**
Sollen die Maßnahmen ab Februar auf die besonders Gefährdeten (Ältere usw.) konzentriert und den anderen ihre Bewegungsfreiheit zurückgegeben werden?
- **Frage 5**
Was für Möglichkeiten zum Ausstieg aus dem Lockdown sehen Sie noch?



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung2](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung2)

**DRITTE SITZUNG:
„IMPFUNGEN UND IMPFSTRATEGIE“
(18. FEBRUAR 2021)**

Das 3. Bürgerforum Corona drehte sich um die Frage, welche Impfstrategie das Land Baden-Württemberg in Bezug auf Covid-19 fährt und, nach Ansicht der Mitglieder des Bürgerforums, fahren sollte. Ebenfalls wurde die Frage besprochen, ob Menschen, die geimpft wurden, vom Lockdown in Teilen ausgenommen werden sollten.

Rednerinnen und Redner in der Sitzung waren:

- **Gisela Erler**, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- **Sebastian Altemüller**, Mitglied der Leitung des Corona-Stabs im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg mit einem aktuellen Lagebericht zur praktischen Umsetzung der Impfungen im Land Baden-Württemberg

Die Fachvorträge wurden gehalten von:

- **Prof. Dr. Thomas Mertens**, Virologe, Universität Ulm, Vorsitzender der Ständigen Impfkommision, Mitglied Landesarbeitsgemeinschaft Impfen mit einem Vortrag zu den virologischen Besonderheiten der jeweiligen Impfstoffe, ihrer Wirksamkeit und Sicherheit
- **Prof. Dr. Eckhard Nagel**, Transplantationsmediziner und Medizinethiker, Universität Bayreuth, Institut für Medizinmanagement und Gesundheitswissenschaften, Gründungsmitglied des Deutschen Ethikrats stellte kritische Diskussionsfragen bezüglich der Impfungen, etwa zur Priorisierung und Reihenfolge, nach der Impfungen verteilt werden, zur Wahlmöglichkeit bezüglich der Impfstoffe und zu deren Wirksamkeit gegen Mutationen des Virus
- **Prof. Dr. Wolfram Henn**, Humangenetiker, Institut für Humangenetik, Universität des Saarlandes, Mitglied des Deutschen Ethikrats, stellte ethische und praktische Betrachtungen über eine Impfpflicht an sowie über Lockerungen für Geimpfte von den aktuell herrschenden Kontaktbeschränkungen

Die Fragen für die Kleingruppenarbeit der Teilnehmenden lauteten:

- **Frage 1**
Was spricht für bzw. gegen eine Impfpflicht für alle oder für bestimmte Berufsgruppen?
- **Frage 2**
Sollen Geimpfte vom Lockdown ausgenommen werden (Reisen, Besuche, Freizeit)? Was spricht dafür, was dagegen?
- **Frage 3**
Was schlagen Sie der Regierung von Baden-Württemberg in Bezug auf die Corona-Impfung vor?



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung3](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung3)

**VIERTE SITZUNG:
„TESTEN UND TESTSTRATEGIEN“
(18. MÄRZ 2021)**

Das 4. Bürgerforum Corona drehte sich um die Frage der praktischen Umsetzbarkeit von Covid-19-Tests und Teststrategien in Baden-Württemberg und den möglichen Auswirkungen einer breiten Testung auf die Kontaktbeschränkungen in der Pandemie.

Rednerinnen und Redner in der Sitzung waren:

- **Gisela Erler**, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- **Eva Ludovico**, Teilnehmerin, Botschafterin des Bürgerforums Corona bei der vorhergehenden Sitzung des Zivilgesellschaftlichen Forums
- **Dr. Isolde Piechotowski**, Leiterin des Referats Grundsatz, Prävention, Öffentlicher Gesundheitsdienst aus dem Ministerium für Soziales und Integration mit einem aktuellen Lagebericht zur praktischen Umsetzung der Tests und Teststrategien im Land Baden-Württemberg

Die Fachvorträge wurden gehalten von:

- **PD Dr. med. Claudia Denking**, Leiterin der Sektion Klinische Tropenmedizin, Universitätsklinikum Heidelberg zur Zuverlässigkeit der Tests
- **Gerald Schimpf**, BA, Einsatzleitung Krisenstab COVID-19 im Österreichischen Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz mit einem Erfahrungsbericht zur österreichischen Teststrategie
- **Oberbürgermeisterin a.D. Gudrun Heute-Bluhm**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg mit einem Plädoyer für den breiteren Einsatz von Schnelltests für die Eigenanwendung sowie für digitale Verwaltungsmöglichkeiten von Tests und Testergebnissen

Die Fragen für die Kleingruppenarbeit der Teilnehmenden lauteten:

- **Frage 1**
Was leisten die Schnelltests bei der Bekämpfung der Pandemie? Was ermöglichen sie in Kitas, Schulen, in der Freizeit, der Kultur, im privaten oder in weiteren Bereichen?
- **Frage 2**
Wann sollen Selbsttests, wann kontrollierte Schnelltests durch Dritte vorgenommen werden? Wo reichen eigenverantwortliche Selbsttests aus?
- **Frage 3**
Wie sollten die kostenlosen Schnelltests am besten für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar gemacht werden? In Testzentren oder -stellen, Schule, Arbeit, für zu Hause, Ärzte/Apotheken oder woanders?



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung4](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung4)

**FÜNFTE SITZUNG:
„SOZIALE LANGZEITFOLGEN DER
KONTAKTBESCHRÄNKUNGEN“
(15. APRIL 2021)**

Das 5. Bürgerforum Corona behandelte die Frage, welche (psycho)sozialen Langzeitfolgen die andauernden Kontaktbeschränkungen mit sich bringen, vor allem in Bezug auf Kinder, Ältere und Hilfsbedürftige.

Rednerinnen und Redner in der Sitzung waren:

- **Gisela Erler**, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- **Dr. Michael Konrad**, Referent für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Referat Psychiatrie/Sucht im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg mit einem aktuellen Lagebericht zum Ansatz des Landes Baden-Württemberg zur Abmilderung der sozialen Langzeitfolgen der Kontaktbeschränkungen

Die Fachvorträge wurden gehalten von:

- **Prof. Dr. Matthias Backenstraß**, Psychologe und Psychotherapeut, Leiter des Instituts für Klinische Psychologie am Zentrum für Seelische Gesundheit des Klinikums Stuttgart, über Erkenntnisse zu psychiatrisch relevanten Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen
- **Martina Rudolph-Zeller**, Leiterin der Telefonseelsorge Stuttgart e.V., beschrieb die praktischen Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen aus Perspektive der Telefonseelsorge
- **Carmen Stadelhofer**, ehemalige Leiterin des Zentrums für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung an der Universität Ulm und ehrenamtliche Initiatorin von zivilgesellschaftlichen Projekten und digitaler Nachbarschaftsarbeit, zeigte Bewältigungsstrategien und Wege aus der Einsamkeit auch unter Pandemiebedingungen auf

Die Fragen für die Kleingruppenarbeit der Teilnehmenden lauteten:

- **Frage 1**
Welche Schritte soll die Landesregierung unternehmen, um die sozialen Langzeitfolgen der Kontaktbeschränkungen für Kinder und Alte/Hilfsbedürftige abzumildern?
- **Frage 2**
Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Vereinsamungstendenzen sowohl kurzfristig (während der Lockdowns) als auch langfristig (als gesellschaftliche Tendenz) aufzufangen? Was kann die Landesregierung dafür tun?
- **Frage 3**
Welche Maßnahmen sind in der Pandemie geeignet, soziale Vereinsamung in der Nachbarschaft aufzufangen, welche sind allgemein für die Gesellschaft sinnvoll?



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung5](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung5)

**SECHSTE SITZUNG:
„AUSWIRKUNGEN DER PANDEMIE AUF
DIE JUGEND UND DAS BILDUNGSSYSTEM“
(20. MAI 2021)**

Das 6. Bürgerforum Corona schloss mit seiner Fragestellung an das 5. Bürgerforum an, indem es nun soziale Langzeitfolgen der Kontaktbeschränkungen insbesondere auf Kinder und Jugendliche sowie das Bildungssystem behandelte.

Rednerinnen und Redner in der Sitzung waren:

- Ulrich Arndt, Leiter der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- Theresa Schopper, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, mit einem aktuellen Lagebericht zur Beeinträchtigung des Schulbildungssystems durch Corona in Baden-Württemberg

Die Fachvorträge wurden gehalten von:

- Dr. Dieter Dohmen vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie Berlin, wies auf die Rolle des jeweiligen familiären Hintergrunds für die Krisenbewältigungsstrategien hin.
- Elisabeth Schilli, Abiturientin und Pressesprecherin des Landesschülerbeirats, berichtete über die Erfahrungen und Herausforderungen der Schülerinnen und Schüler.
- Emilie Dreier, Schülerin der 10. Klasse einer Realschule und Tochter einer Teilnehmerin des Bürgerforums, ergänzte Elisabeth Schillis Bericht um Hinweise auf Schwierigkeiten beim Selbstlernen bei Schülerinnen und Schülern sowie auf Defizite bei den strukturellen Rahmenbedingungen des Distanzunterrichts.
- Waltraud Weegmann, Vorsitzende des deutschen Kitaverbandes und Leiterin einer Kita, beschrieb die Auswirkungen der Pandemie auf Bildung der Persönlichkeit, Austausch und Bewegung von Kleinkindern.

Die Frage für die Kleingruppenarbeit der Teilnehmenden lautete:

- Vor dem Hintergrund Ihrer eigenen Erfahrungen und der Maßnahmen, die Sie jetzt gehört haben: welche Maßnahmen halten Sie für besonders sinnvoll und dringlich? Was sollte jetzt sofort umgesetzt werden?



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung6](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung6)

**SIEBTE SITZUNG:
„REISEN, TOURISMUS UND FREIZÜGIGKEIT“
(17. JUNI 2021)**

Das 7. Bürgerforum Corona beschäftigte sich mit der Frage, welche Auswirkungen die Pandemie auf Gastronomie, Hotellerie und Tourismus in Baden-Württemberg hatte und welche Maßnahmen die Landesregierung nun ergreifen müsse.

Rednerinnen und Redner in der Sitzung waren:

- Ulrich Arndt, Leiter der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- Dr. Patrick Rapp, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, mit einem aktuellen Lagebericht zu Reisen und der Tourismuswirtschaft in Baden-Württemberg aus politischer Perspektive
- Andreas Braun, Geschäftsführer der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg, mit einem Lagebericht über Pandemie-bedingte Umsatzausfälle und Potentiale durch Steigerung des Interesses am innerdeutschen Tourismus

Die Fachvorträge wurden gehalten von:

- Rainer Autenrieth, Eigentümer des Gasthofs Hotel Hermann, mit einem Erfahrungsbericht der Branche zu aktuellen Herausforderungen für die Gastronomie
- Daniel Rousto und Inge Gäbert-Kienzler, Verband der Eigentümer von Ferienwohnungen und Ferienhäusern, berichteten über die Sondersituation von Besitzerinnen und Besitzern von Ferienwohnungen.
- Georg Albrecht, Eigentümer/Geschäftsführer Karawane Reisen GmbH mit einem Bericht über die Entwicklung von Reisebuchungen sowie mit Überlegungen zu neuen Möglichkeiten und Chancen von nachhaltigen Reisen

Die Fragen für die Kleingruppenarbeit der Teilnehmenden lauteten:

- Frage 1
Wie ging es Ihnen mit den Schließungen in der Gastronomie? Waren die Maßnahmen angemessen? Wie sollte die Landesregierung jetzt weiter vorgehen?
- Frage 2
Wie haben Sie die Beschränkungen bei touristischen Übernachtungen erlebt? Waren die Maßnahmen angemessen? Wie sollte die Landesregierung jetzt weiter vorgehen?
- Frage 3
Der innerdeutsche Tourismus ist auch gut für das Klima. Wie sollte die Landesregierung jetzt nach der Corona-Krise die Tourismus-Förderung im Land gestalten? Was ist mit internationalen Reisen?



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung7](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung7)

**ACHTE SITZUNG:
„POLITIK-DIALOG“
(15. JULI 2021)**

Das 8. Bürgerforum hat als gemeinsame Veranstaltung des Bürgerforums Corona und des Zivilgesellschaftlichen Forums stattgefunden. Hier wurden die Inhalte und Ergebnisse der beiden Foren an die Politik herangetragen. Die anwesenden Politikerinnen und Politiker und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellten ihre Positionen zur Thematik dar, setzten sich mit den Empfehlungen der Mitglieder des Bürgerforums und des Zivilgesellschaftlichen Forums auseinander und stellten sich ihren Fragen.

Rednerinnen und Redner in der Sitzung waren:

- Ulrich Arndt, Leiter der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- Miriam Freudenberger und Dr. Sven Fries von der Allianz für Beteiligung mit einer Vorstellung der Ergebnisse des Zivilgesellschaftlichen Forums
- Tanja Rühle-Grundt und Fatih Yilmazli, Teilnehmende des Bürgerforums, stellten die Ergebnisse des Bürgerforum Corona vor
- die Sprecherinnen und Sprecher der Parteien stellten die teilnehmenden Politikerinnen und Politiker fraktionsweise vor und berichteten über deren Schwerpunkte in der Gesundheitspolitik/Corona sowie deren Erwartungen und Themeninhalte für den Politik-Dialog

Die Mitglieder des Bürgerforums tauschten sich gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern des Forums Zivilgesellschaft sowie Politikerinnen und Politikern in Kleingruppen zu diesen übergeordneten Diskussionsfragen aus:

- Frage 1
Was haben wir aus der Pandemie gelernt?
- Frage 2
Wie können wir uns für eventuell kommende Pandemien rüsten?
- Frage 3
Wie können wir ausgewogen bemessen, was hilfreich war und was nicht?

Folgende Politikerinnen und Politiker nahmen teil:

GRÜNE Daniel Lede Abal MdL
Bettina Jehne, Leiterin der
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Oliver Hildenbrand MdL
Thomas Poreski MdL
Petra Krebs MdL
Norbert Knopf MdL

CDU Christian Gehring MdL
Marcel Busch, stellv. Pressesprecher
Stefan Teufel MdL,
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Andreas Sturm MdL
Dr. Michael Preusch MdL
Christiane Staab MdL

SPD Jan-Peter Röderer MdL
Achim Winkler,
Pressesprecher der SPD-Fraktion
Daniel Born MdL,
Vizepräsident des Landtags
Katrin Steinhülb-Joos MdL
Florian Wahl MdL
Dr. Dorothea Kliche-Behnke MdL,
Stellv. Fraktionsvorsitzende

FDP/DVP Jochen Haußmann MdL,
Parlamentarischer Geschäftsführer
& Stellv. Fraktionsvorsitzender
Alena Trauschel MdL

AFD Hans-Peter Hörner MdL
Dr. Thomas Hartung,
Pressesprecher der AFD-Fraktion
Carola Wolle MdL
Dr. Rainer Balzer MdL
Bernhard Eisenhut MdL
Emil Sänze MdL



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung8](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung8)

**NEUNTE SITZUNG:
„OFFENES SOMMERFEST“
(19. AUGUST 2021)**

In der Ferienpause fand die neunte Sitzung als offene Gesprächsrunde statt, bei der die anwesenden Teilnehmenden Gelegenheit hatten, eigene Themen ihrer Wahl zu besprechen. Es gab keine Inputs durch Rednerinnen und Redner oder Expertinnen und Experten. Eine Dokumentation wurde nicht angefertigt.

**ZEHNTE SITZUNG:
„DIGITALE KONTAKTNACHVERFOLGUNG“
(16. SEPTEMBER 2021)**

Das 10. Bürgerforum Corona beschäftigte sich mit Apps zur digitalen Kontaktnachverfolgung, ihrem Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie, den Themen Datenschutz, Nutzerfreundlichkeit und Wirksamkeit sowie zentralen Empfehlungen an die Landesregierung und die App-Entwicklung.

Rednerinnen und Redner in der Sitzung waren:

- Dr. Ute Leidig, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration
- Fabian Reidinger, stellvertretender Leiter der Stabsstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- Dr. Sonja Wagner, stellvertretende Leiterin des Gesundheitsamts Breisgau-Hochschwarzwald mit dem aktuellen Lagebericht zur Frage, wie Corona die Digitalisierung der (Gesundheits-) Verwaltung beeinflusst hat

Die Fachvorträge wurden gehalten von:

- Martin Fassung, Projektleiter SAP, Mit-Entwicklung der Corona-Warn-App, mit einer Vorstellung der Funktionsweise und dem Nutzen der Corona-Warn-App
- Robin Houben, Robert Koch-Institut, Leiter des epidemiologischen Daten- und Befragungszentrums, mit einer wissenschaftlichen Evaluation der Corona-Warn-App
- Bianca Kastl, Projektmanagerin Digitale Kontaktnachverfolgung und IT, IT-Sicherheits-expertin, mit einem Vortrag zum Nutzen digitaler Kontaktnachverfolgung und digitaler Tools

- Dr. Stefan Brink, Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg berichtete über Erfahrungen aus Sicht des Datenschutzes

Die Fragen für die Kleingruppenarbeit der Teilnehmenden lauteten:

- Frage 1
Wie bewerten Sie die Apps? Wie sind Ihre Erfahrungen mit den Apps?
- Frage 2
Wie wichtig ist Datenschutz für Sie persönlich bei der Nutzung der Apps? Welche Ihrer Daten wollen Sie auf keinen Fall weitergeben, welche Daten sind Sie bereit zu teilen?
- Frage 3
Wie sollten/könnten die Apps in Ihren Augen die Gesundheitsämter unterstützen? Welche Funktionen sollten sie haben?
- Frage 4
Wie können noch mehr Menschen motiviert werden, die App zu installieren? Wie kann die App attraktiver werden? Vor dem Hintergrund Ihrer eigenen Erfahrungen und der Maßnahmen, die Sie jetzt gehört haben: welche Maßnahmen halten Sie für besonders sinnvoll und dringlich? Was sollte jetzt sofort umgesetzt werden?



Die Dokumentation zur Sitzung ist downloadbar unter
→ http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung10

**ELFTE SITZUNG:
„IMPFUNGEN UND
GESELLSCHAFTLICHER DRUCK“
(21. OKTOBER 2021)**

Das 11. Bürgerforum Corona beschäftigte sich erneut mit dem Thema Impfen. Im Vordergrund stand dabei die Frage, wieviel Druck dabei der Staat in Form von Impfpflicht, 2G-Regelungen oder ähnlichen Maßnahmen auf die Bevölkerung ausüben darf und soll.

Rednerin in der Sitzung war:

- **Barbara Bosch**, neue Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Die Fachvorträge wurden gehalten von:

- **Prof. Dr. Uwe Lahl**, Amtschef im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, mit einer politischen Perspektive auf das Impfthema.
- **Silke Hansen**, Gewerkschaftssekretärin Ver.di Baden-Württemberg, mit einem Beitrag zur Impfpflicht aus Arbeitgeberperspektive.
- **Katja Schnell**, Leiterin Taskforce Impfen, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, bot eine wissenschaftliche Perspektive auf die Frage, warum sich nicht alle Menschen impfen lassen.
- **Prof. Dr. Dr. Ortwin Renn**, wissenschaftlicher Direktor am Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam, mit einem Referat über die Anpassung von Menschen an Krisen.
- **Dr. Stefan Schmidt-Troschke**, Sprecher des Vereins Ärzte für Individuelle Impfentscheidung, zur Frage, warum es keine Impfpflicht geben darf.

Die Fragen für die Kleingruppenarbeit der Teilnehmenden lauteten:

- **Frage 1**
Ist es fair, dass Ungeimpfte von bestimmten Bereichen des öffentlichen und Berufs-Lebens ausgeschlossen sind? (z. B. bei 2G-Regelungen in Gesundheitsberufen, bei Bar-, Konzert- und Restaurant-Besuchen, bei Bahn- und Flugreisen)
- **Frage 2**
In welchen Bereichen halten Sie eine Impfpflicht für akzeptabel?
- **Frage 3**
Welche Argumente sprechen für, welche gegen eine allgemeine staatliche Pflichtimpfung gegen Corona?



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung11](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung11)

**ZWÖLFTE SITZUNG:
„WORLD-CAFÉ“
(18. NOVEMBER 2021)**

Ziel der vorletzten Sitzungen war es, die Ergebnisse der vorangegangenen Sitzungen zu sichten, zu konsolidieren und zu fokussieren. Das Beteiligungsformat wurde für diese Sitzung geändert und nach der Methode „World-Café“ durchgeführt: Die Teilnehmenden konnten aus fünf vorab festgelegten Themengruppen und einer selbst vorgeschlagenen drei auswählen, über die sie dann weiter diskutierten. In den Themengruppen berieten die Teilnehmenden mit Blick in die Zukunft, was die Gesellschaft aus der Corona-Krise gelernt hat und lernen soll. Dabei fertigten die Teilnehmenden Entwürfe für Empfehlungen für den Abschlussbericht an.

In dieser Sitzung gab es keine Vorträge durch Rednerinnen und Redner oder Expertinnen und Experten.

Eine Dokumentation wurde nicht angefertigt, aber die Empfehlungsentwürfe redaktionell bearbeitet und für die Abschlussabstimmung vorbereitet.

**DREIZEHENTE SITZUNG:
„ABSTIMMUNG UND ABSCHLUSS“
(16. DEZEMBER 2021)**

In der 13. und letzten Sitzung wurden die mittlerweile redaktionell bearbeiteten Empfehlungsentwürfe nochmal mit den 31 in der Sitzung anwesenden Mitgliedern des Bürgerforums diskutiert, aktualisiert und anschließend als finale Empfehlungen des Bürgerforums abgestimmt. Danach verabschiedete Staatsrätin Barbara Bosch die Teilnehmenden.



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_abschlusssitzung/](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_abschlusssitzung/)

TEILNEHMENDE

ZUFALLSAUSWAHL UND TEILNEHMENDE

Charakteristischer Bestandteil von Beteiligungsverfahren des Landes ist, dass es sich bei den Teilnehmenden um zufällig ausgewählte Personen handelt. In der Regel werden diese Beteiligungsformate als Bürgerforum oder als Bürgerrat bezeichnet. Zufällig ausgewählte Teilnehmende können aber auch in andere Formate mit eingebunden werden, beispielsweise in eine Zukunftswerkstatt oder als Teil eines breit angelegten Stakeholder-Dialogs.

Die Rechtsgrundlage für die Zufallsauswahl der Teilnehmenden bildet das Gesetz über die Dialogische Bürgerbeteiligung (Dialogische-Bürgerbeteiligungs-Gesetz DBG). Es ist die Rechtsgrundlage für die Zufallsauswahl aus den kommunalen Melderegistern. Für das Bürgerforum Corona wurden aus allen vier Regierungsbezirken zufällig Kommunen gezogen, die zuvor in fünf Größencluster eingeteilt wurden. Je nach Bevölkerungsanteil des Regierungsbezirks und dem Anteil der Bevölkerung in dem jeweiligen Größencluster wurden in den gezogenen Kommunen dann zwischen 40 und 260 Personen angeschrieben. Insgesamt erhielten 2.003 Personen eine Einladung, von denen sich 258 Personen daraufhin zurückmeldeten. Unter diese Personen wurden dann 50 Personen ausgelost. Dabei wurden neben der regionalen Herkunft, auch Kriterien wie Alter, Bildungsabschluss, Geschlecht und Migrationshintergrund berücksichtigt. So konnte gewährleistet werden, dass die Mitglieder des Bürgerforums Corona die Vielfalt in Baden-Württemberg gut abbildeten. So hatten beispielsweise 60 Prozent der Mitglieder des Bürgerforums kein Abitur oder Hochschulabschluss, und auch Menschen mit Migrationshintergrund waren gemäß ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung des Landes vertreten.

Auf dem Beteiligungsportal findet sich eine detaillierte Darstellung über die genaue Vorgehensweise der Zufallsauswahl und der Zusammensetzung der Mitglieder des Bürgerforums.



Mehr zu Zufallsauswahl und Zusammensetzung des Bürgerforums:
→ http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_zusammensetzung

VERFAHRENSBEWERTUNG

An der von nexus durchgeführten Abschlussbefragung zur Zufriedenheit der Teilnehmenden mit der Durchführung des Bürgerforums nahmen 26 Personen teil.

In den Antworten wird eine große Zufriedenheit mit dem Verfahren deutlich. Je 23 Personen gaben an, dass sie nochmal an einer solchen Veranstaltung teilnehmen würden, wenn sie die Gelegenheit dazu bekämen, oder dass sie Bekannten eine Teilnahme empfehlen würden.

Besonders positiv bewerteten die Teilnehmenden die Informationen und Auswahl der Referentinnen und Referenten (9 Nennungen), den respektvollen Austausch in den Arbeitsgruppen (7 Nennungen) und die Moderation (6 Nennungen). Die Präsenz der baden-württembergischen Landesregierung, der Sitzungsablauf und die Zusammensetzung der Teilnehmenden wurden mit je 3 Nennungen ebenfalls lobend hervorgehoben.

Die Motive zur Teilnahme am Verfahren waren unterschiedlich. 22-mal wurde der Wunsch, etwas bewirken zu können als ausschlaggebend für die Teilnahme genannt, 19-mal das Interesse am Thema. Neugierde wurde mit 13 Nennungen am dritthäufigsten aufgeführt.

Auch Kritik wurde von den Teilnehmenden geäußert. Bei den Themen fehlte laut drei Teilnehmenden eine Auseinandersetzung mit einer allgemeinen Impfpflicht. Zwei Teilnehmende hätten sich eine stärker kontroverse Positionierung der Expertinnen und Experten gewünscht. Ebenso wurde drei Mal kritisiert, dass Vorträge über gesellschaftliche Spaltung und politische Kommunikation in der Pandemie gefehlt hätten.

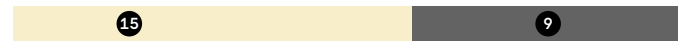
Auf die Frage, was sie beim Bürgerforum besonders gestört hatte, gaben fünf Personen an, dass manche Teilnehmende zu meinungs- und lautstark aufgetreten seien. Je drei Personen nannten technische Schwierigkeiten wie zum Beispiel ein zu schwaches Internet als Kritikpunkte, oder auch das mitunter auftretende Ungleichgewicht in der sozialen Zusammensetzung der Kleingruppen. Je zwei Personen bemängelten die zu geringe Diskussionszeit in den Kleingruppen und eine zu

einseitige Auswahl an Referentinnen und Referenten. Einmal wurde die Zurückhaltung der Kleingruppenmoderation als Kritikpunkt benannt.

Eine Übersicht über verschiedene Bewertungskategorien, die nexus zur Zufriedenheit mit dem Bürgerforum erfragt hatte, vermittelt das folgende Diagramm:



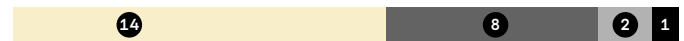
DAS BÜRGERFORUM ALLGEMEIN (GESAMTNOTE 1,5)



ABLAUF UND ORGANISATION DER 13 TERMINE (Ø 1,4)



DIE AUSWAHL DER THEMEN (Ø 1,8)



DIE AUSWAHL DER REFERENT:INNEN Ø 1,6)



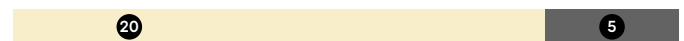
DIE VERSTÄNDLICHKEIT DER REFERENT:INNEN (Ø 1,7)



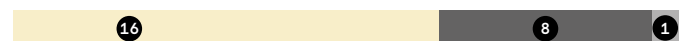
DIE FRAGESTELLUNGEN IN DEN SITZUNGEN (Ø 1,8)



DIE KLEINGRUPPEN-DISKUSSIONEN (Ø 2,0)



DIE MODERATION (Ø 1,2)



DIE DOKUMENTATIONEN (Ø 1,4)

| | | |
|---------|--|----------------------------|
| LEGENDE | | SCHULNOTE 1 (SEHR GUT) |
| | | SCHULNOTE 2 (GUT) |
| | | SCHULNOTE 3 (BEFRIEDIGEND) |
| | | SCHULNOTE 4 (AUSREICHEND) |

Die Teilnehmenden waren gebeten worden, Schulnoten zwischen 1 und 6 zu vergeben, wobei 1 sehr gut bedeutet und 6 ungenügend. Für ihre Zufriedenheit mit dem Verfahren allgemein vergaben die Teilnehmenden die Durchschnittsbewertung 1,6. Für die technische Durchführung wurde die Durchschnittsnote 1,7 vergeben (nicht in der Grafik). Die Schulnoten 5 und 6 sind in keinem Fragebogen vergeben worden.

Mit Durchschnittswerten zwischen 1,2 und 2,0 kann das Bürgerforum als erfolgreiches, gutes und für die Beteiligten interessantes Verfahren gewertet werden.

Das Verfahren wurde von zwei externen Institutionen evaluiert. Die Studie „Evaluation digitaler Beteiligungsprozesse mit Zufallsbürger*innen in Baden-Württemberg“ von Prof. Dr. Ulrich Eith und Dr. Julian Schärdel von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Studienhaus Wiesneck, ermittelte im Sommer 2021 positive Rückmeldungen der Teilnehmenden bezüglich des Ablaufs des Bürgerforums (Organisation, inhaltliche Seite, Moderation und Umgang miteinander). In ihrem Fazit kommen die Autoren der Studie zu dem Schluss, dass es den Organisatorinnen und Organisatoren aus dem Staatsministerium und dem nexus Institut bislang insgesamt sehr gut gelungen sei, die Erwartungen der Zufallsbürgerinnen und -bürger zu erfüllen. Die Lageberichte und Fachvorträge im Plenum erfüllen den Informationsbedarf, die Kleingruppendiskussionen den Wunsch nach Austausch untereinander. Die Studie merkt dabei an, dass sich die Mitglieder des Bürgerforums mehr Einflussnahme auf die Corona-Politik der Landesregierung wünschen, sah aber hierbei bereits positive Tendenzen in der Erfüllung dieses Wunsches. Das Vorhaben der Schaffung eines gemeinsamen Resonanzraumes, in dem die Teilnehmenden und die Politikerinnen und Politiker in einen Austausch über die komplizierte Pandemiebekämpfung eintreten, wurde zum Untersuchungszeitpunkt als weitgehend geglückt bezeichnet.

Das zze unterstützte als baden-württembergischer Partner das Bürgerforum und hat es zum Gegenstand eines Studienprojektes von Studierenden der Sozialen Arbeit an der Evangelischen Hochschule Freiburg gemacht. Die Studierenden waren bei insgesamt sechs Sitzungen als teilnehmende Beobachterinnen und Beobachter präsent, sie führten Interviews mit Expertinnen und Experten durch und interviewten sechs Teilnehmende zu den Erfahrungen, Einstellungen und Kritik am Vorgehen und der Methodik des Bürgerforums Corona. Dabei interessierten auf der einen Seite Fragen der Resonanz des eingesetzten Methodemixes in der digitalen Bürgerbeteiligung im Bürgerforum Corona, weiterhin die Frage, ob bisher auch eher beteiligungsferne Bürgerinnen und

Bürger angesprochen werden konnten und ob das Bürgerforum Corona mit seinem diskursiven Format zur Offenheit gegenüber anderen Meinungen und zur Modifikation sowie zur Änderung von Einstellungen zu coronarelevanten Themen beigetragen hat. Als Vergleich diente die oben erwähnte, zeitgleich durchgeführte Studie „Evaluation digitaler Beteiligungsprozesse“ von Julian Schärdel und Ulrich Eith.

Insgesamt ergibt sich auch aus dieser Erhebung ein äußerst positives Bild des digitalen Bürgerforums Corona: Die Teilnehmenden schätzten die Möglichkeit, sich an relevanten gesellschaftlichen Fragen diskursiv zu beteiligen und den hochwertigen Input der Expertinnen und Experten. Die Heterogenität der Zusammensetzung des Bürgerforums Corona und der Direktkontakt zu relevanten politischen Akteuren eröffneten eine ansonsten wenig erlebte Nähe zu Politik und Regierung. Durch den Methodenmix der Durchführung der Bürgerforen gelang es aus Sicht der Teilnehmenden, relativ viele Mitglieder des Bürgerforums einzubeziehen, wenngleich sich ein vergleichsweise großer Teil als stille Teilnehmende verstand, die aber trotzdem bei allen Abstimmungen ihr Votum abgaben. Die Chat-Funktion wurde insbesondere in den Plenarphasen als besonders sinnvoll und nützlich erlebt, die nicht-moderierten Arbeitsgruppen als Möglichkeit diskursiver Auseinandersetzung in heterogenen und stets neu zusammengesetzten Kleingruppen gewertet. Die ursprünglich vom Staatsministerium geäußerte Befürchtung, die nicht-moderierte Arbeit in den Kleingruppen könne dazu führen, dass diese außer Kontrolle geraten, ist in keiner Weise eingetreten. In der teilnehmenden Beobachtung wurde vielmehr festgestellt, dass sich mit der Zeit Routinen und Kompetenzen in der selbstgesteuerten Kleingruppenarbeit herausbildeten, wobei eine kleinere Zahl von Bürgerinnen und Bürgern stärker eine führende Rolle einnahmen. Auf jeden Fall ist es gelungen, bis dato weniger bürgerschaftlich Engagierte und politisch Aktive für das Bürgerforum zu gewinnen. Personen mit einem gefestigten demokratiefeindlichen Weltbild wurden allerdings ebenso wenig erreicht wie Personen, bei denen ausgeprägte Sprachbarrieren den Zugang erschwerten.

EMPFEHLUNGEN

Der vorliegende Abschlussbericht und die verabschiedeten Empfehlungen sind zuallererst das Ergebnis der engagierten Diskussionen und konstruktiven Mitarbeit von 55 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern aus Baden-Württemberg. Ihnen gilt besonderer Dank. Wir haben großen Respekt vor allen Teilnehmenden, die das Bürgerforum von Anfang bis Ende mitgetragen haben und somit ihr großes bürgerschaftliches Engagement unter Beweis gestellt haben.

Die Empfehlungen des Bürgerforum Corona sind in einem mehrstufigen Arbeitsprozess entwickelt, geprüft, aktualisiert und abgestimmt worden.

- **Stufe 1**
Entwicklung der Empfehlungen
In jeder Arbeitssitzung des Bürgerforum Corona diskutierten die Teilnehmenden in Kleingruppen die jeweiligen Arbeitsfragen der Sitzung und entwickelten Empfehlungen. Am Ende der Kleingruppendiskussion wählten die Teilnehmenden drei zentrale Empfehlungen aus und trugen sie im Plenum vor.
- **Stufe 2**
Priorisierung der Empfehlungen
Die vorgestellten zentralen Empfehlungen aller Kleingruppen wurden dann nochmals priorisiert in einem anonymen Verfahren, bei dem alle Teilnehmenden bis zu drei einzelnen zentralen Empfehlungen ihre Stimme geben konnten.
- **Stufe 3**
Synthese der Empfehlungen
Eine von nexus erarbeitete Synthese aller abgestimmten Empfehlungen aus allen Arbeitssitzungen wurde in der 12. Sitzung des Bürgerforums vorgestellt und in sechs Themengruppen diskutiert. Dabei überprüften die Teilnehmenden, ob die Empfehlungen ergänzt, verändert oder gestrichen werden sollten. Ihre Ergebnisse und 3 zentralen Empfehlungen trug jede Themengruppe wieder im Plenum vor.

- **Stufe 4**
Priorisierung der aktualisierten Empfehlungen
Diese vorgetragenen zentralen Empfehlungen aus den Kleingruppen wurden nochmals priorisiert, indem alle Teilnehmenden anonym bis zu drei einzelnen zentralen Empfehlungen ihre Stimme geben konnten.
- **Stufe 5**
Entwurf der finalen Empfehlungen
Auf Grundlage der aktualisierten und priorisierten Empfehlungen erarbeitete nexus in einem weiteren redaktionellen Prozess Vorschläge für zehn Empfehlungen.
- **Stufe 6**
Abstimmung der finalen Empfehlungen
Der Entwurf der Empfehlungen wurde in der 13. und letzten Sitzung nochmal zur Diskussion gestellt und von den 31 in der Sitzung anwesenden Teilnehmenden kommentiert, redigiert und aktualisiert. Die so erarbeiteten zwölf finalen Empfehlungsformulierungen wurden in einer Umfrage zur finalen Abstimmung freigegeben.

Im Folgenden werden die einzelnen finalen Empfehlungen und das jeweilige Abstimmungsergebnis vorgestellt. Die Empfehlungen werden dabei immer im Kontext zur Diskussion in der 13. Sitzung sowie zur entsprechenden inhaltlichen Sitzung aus dem Bürgerforum beschrieben. Neben den Empfehlungen sind QR-Codes abgebildet, über die der Link zur jeweiligen Sitzungsdokumentation ausgelesen werden kann.

Auf der folgenden Doppelseite ist das Graphic Recording von Michaela Ruhfus für bikablo.com abgedruckt, das im Rahmen der 13. Sitzung des Bürgerforums Corona entstanden ist und die abgestimmten Empfehlungen abbildet.

Unsere Empfehlung

1 AUSWEITUNG der TESTSTRATEGIE 31 ja

- Offiziell zertifizierte Stellen anbieten
- PCR Ergebnisse schnell mitteilen
- Umweltfreundliche Tests fördern
- Aussagefähig zeit transparenter
- in sensiblen Bereichen auch Geimpfte & Genesene testen
- Wie Tübinger Modell
- Kostenlose Bürgertests, PCR & Selbsttests günstig
- TESTS für ALLE

4 IMPFKAPAZITÄTEN AUSWEITEN 31 ja

6 KRANKENHAUSPOLI gegen den PFLEGENOTSTAN 30 ja

Systematische KRANKENHAUSPOLI gegen den PFLEGENOTSTAN

2 allgemeine IMPFPFLICHT 18 ja, 13 nein

für alle

IMPFPFLICHT für bestimmte BERUFSGRUPPEN 16 nein, 14 ja

nicht beschlossen

3 DRUCK zum IMPFEN NICHT ERHÖHEN 16 ja, 15 nein

Impfpflicht?

splitter 2G?

positive Wirkung kommunizieren

impfen Lockovanie vaccinate

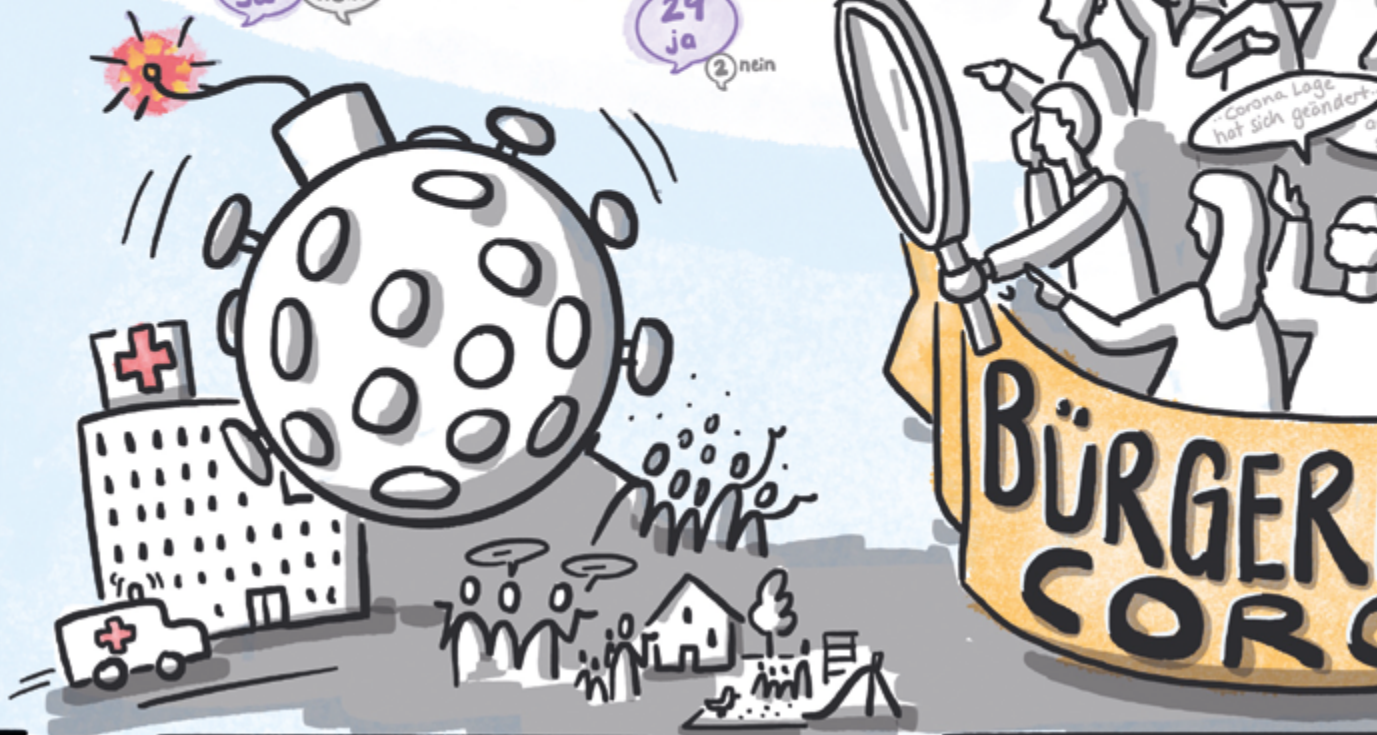
7 Keine W LOCKD

Kein Weiterer Lockdown für Geimpfte

5 Bessere & verständliche IMPFAUFKLÄRUNG 29 ja, 2 nein

Vertrauen

Unwissen transparent machen



Empfehlungen

Lehrplan anpassen

Kinder Jugendliche Studierende im Fokus

so viel Präsenz wie möglich

NICHT schließen

Schule Uni

mehr Unterstützung

Personallücken schließen

FALSCH!!

mehr Kontrollen

danke!

Apps nutzen

10 Mehr konsequent KONTROLLIEREN

8 Keine generellen SCHULSCHLIESSUNGEN **31 ja**

28 ja **3 nein**

Lockdown schädlich für

Kultur Wirtschaft

weitere Lockdowns

26 ja **5 nein**

9 KLARE & EINHEITLICHE MASSNAHMEN bei CONTACT + REISEBESCHRÄNKUNGEN

Deutschland & EU

25 ja **6 nein**

KONTROLLE!

keine Kontrollen im privaten Raum

Vertrauen statt Kontrolle

größere Gültigkeit für Selbsttests

11 ZUSAMMENHALT der Gesellschaft fördern durch mehr EIGENVERANTWORTUNG

19 ja **12 nein**

... bin hier in der Minderheit...

vor 2 Monaten waren es noch andere Voraussetzungen...

FORUM CORONA

ÜBERGABE der Empfehlungen am: 27. JANUAR 2022

LANDESREGIERUNG BA-WÜ



PRÄSENTIEREN für

Teilnehmende aus CORONA-FORUM ZIVILGESELLSCHAFT & BÜRGERFORUM CORONA

ihre Enquête Kommission

EMPFEHLUNG 1

AUSWEITUNG DER TESTSTRATEGIE



Zur Verhinderung bzw. als Ersatz zum Lockdown fordert das Bürgerforum Corona die Ausweitung der Teststrategie der Bundesregierung ähnlich dem Tübinger Modell.

- Bürgertests müssen dabei kostenlos sein, PCR-Tests deutlich günstiger, Selbsttests leicht und günstig erhältlich.
- Zertifizierte Tests sollen weiterhin von offiziellen Stellen ausgegeben werden.
- Dabei fordert das Bürgerforum die Wirtschaft und die Bundesregierung dazu auf, umweltfreundliche Tests zu fördern, die weniger bis gar keinen Plastikmüll verursachen.
- Ebenfalls muss die Aussagefähigkeit der Tests transparenter werden darüber, wann Schnelltests falsch-positiv oder falsch-negativ anschlagen.
- Die Testpflicht muss derzeit auch Geimpfte betreffen, z.B. besonders in sensiblen Bereichen bei Risikopersonen, da auch sie eine ansteckende Virenlast in sich tragen können.
- Die PCR-Testergebnisse müssen den Betroffenen schnellstmöglich mitgeteilt werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

- JA: 31
- NEIN: 0

Diese Empfehlung wurde ohne Kontroversen verabschiedet. Alle Teilnehmenden haben sich der Empfehlung angeschlossen, Tests günstig verfügbar zu halten und die praktische Umsetzung zu verbessern. In der Diskussion wurde großer Wert daraufgelegt, dass Testzertifikate nur von offiziellen Stellen ausgegeben werden, um Missbrauch zu verhindern. Bei der Erarbeitung der Empfehlung erhielt dieser Punkt die größte Zustimmung; fast ebenso deutlich wurde dafür plädiert, PCR-Tests preisgünstiger anzubieten. Dabei war den Mitgliedern des Bürgerforums bewusst, dass die Teststrategie flexibel dem jeweils aktuellen Wissensstand über die Verbreitung der Covid-Erkrankung angepasst werden muss. Deshalb wurde am Ende des Sitzungsjahres auch der Forderung zugestimmt, dass Geimpfte sich in bestimmten Situationen ebenfalls testen lassen sollten. Insgesamt wurde gewünscht, dass Test-Verpflichtungen nicht pauschal erlassen werden sollten, sondern an die jeweilige Situation angepasst.

Die Forderung, eine konsistente Teststrategie zu realisieren, zog sich durch die gesamten Diskussionen des Bürgerforums. Bereits bei der ersten inhaltlichen Sitzung des Bürgerforums Corona zum Thema Lockdown im Januar 2021 fand die Vorstellung des sogenannten „Tübinger Modells“, also breit verfügbarer Schnelltests für alle, große Zustimmung. Auch wenn der erste Lockdown mehrheitlich befürwortet wurde, sahen sehr viele Teilnehmende in flächendeckenden Schnelltests die wichtigste Maßnahme, um einen Lockdown zu verhindern und Lockerungen zu ermöglichen.



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung4](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung4)



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung6](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung6)



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung7](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung7)

Die vierte Sitzung des Bürgerforums im März 2021 widmete sich ausführlich dem Thema „Testen und Teststrategie“. Zu diesem Zeitpunkt hatten viele Teilnehmende noch die Hoffnung, dass durch eine konsequente Teststrategie ein Weg aus der Pandemie möglich sei. Die Vorstellung der österreichischen Teststrategie, bei der alle Testergebnisse, auch am Arbeitsplatz, einheitlich erfasst werden, löste die Frage aus, warum dies nicht auch in Deutschland möglich sei. Vielfache praktische Hinweise zur Erleichterung des Zugangs zu Tests wurden erarbeitet, die auch bei der abschließenden Beratung der Empfehlungen weiterhin Zustimmung fanden. Hierzu gehörten Vorschläge zur Zertifizierung der Selbsttests und zur Entwicklung von flächendeckenden, regelmäßigen Teststrategien für Kitas, Schulen und Arbeitsplätze. Besonders wichtig waren den Teilnehmenden die leichte Zugänglichkeit zu Tests und die rasche Übermittlung von Testergebnissen. Die abschließende Diskussion der Empfehlungen im Dezember 2021 zeigte, dass dies auch fast ein Jahr später bei PCR-Tests noch nicht realisiert worden war. Die Empfehlung, Schnelltests aus umweltfreundlichen Materialien herzustellen, um Plastikmüll zu vermeiden, wurde bereits im März 2021 ausgesprochen und in der Endabstimmung unverändert aufrechterhalten.

Auch in der Sitzung vom Juni 2021 wurde im Zusammenhang mit Tourismus, Gastronomie und Events gefordert, flächendeckende Schließungen zu vermeiden durch eine bundesweit einheitliche Strategie, die auf der Verfügbarkeit verlässlicher Tests aufbaut. In der Gastronomie solle es möglich sein, direkt Schnelltests durchzuführen, und auch für grenzüberschreitende Reisen seien Tests wichtig. Bei der Verbesserung der digitalen Unterstützung der Corona-Maßnahmen legten die Mitglieder des Bürgerforums Wert darauf, dass entsprechende Apps Testergebnisse schnell und verlässlich mitteilen können. Und in der Mai-Sitzung betonten sie die wichtige Rolle von Tests bei der Ermöglichung von Kinderbetreuung sowie des Präsenzunterrichts an Schulen und Hochschulen. In der Sitzung vom März 2021 gab es viel Zustimmung für die Forderung, eine mehr auf Eigenverantwortlichkeit ausgerichtete Teststrategie zu realisieren und eine breitere Gültigkeit von Selbsttests zu ermöglichen. Bei der abschließenden Diskussion der Empfehlungen im Dezember 2021 wurde demgegenüber mehrheitlich die Notwendigkeit von Kontrolle stärker betont. In diesen Veränderungen spiegeln sich deutlich die im Laufe des Jahres gesammelten Erfahrungen mit der Praxis von Selbst- und Fremdttests. Ebenso empfahlen die Teilnehmenden in der finalen Abstimmung die gezielte Testung auch von Geimpften, was in der März-Sitzung noch kein Thema war.

EMPFEHLUNG 2

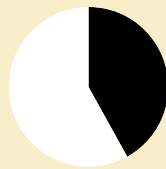
ALLGEMEINE IMPFPFLICHT



Das Bürgerforum Corona empfiehlt die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

- JA: 18
- NEIN: 13



Das Thema Impfpflicht war nicht Gegenstand einer eigenen Sitzung des Bürgerforums, und es wurden auch keine Expertinnen und Experten mit fachlichen Positionierungen für und wider die Impfpflicht gehört. Es war aber der ausdrückliche Wille der Teilnehmenden des Bürgerforums, sich in den abschließenden Empfehlungen auch zu dieser Frage zu positionieren und dabei das Meinungsspektrum innerhalb des Forums erkennbar werden zu lassen. Das Abstimmungsergebnis zeigt, dass das Bürgerforum Corona zur Frage der Impfpflicht keine einheitliche Meinung vertritt. Zugleich zeigt es, dass innerhalb des Bürgerforums durchgängig Raum für kontroverse Positionen blieb und die Meinungsfreiheit nicht eingeschränkt war – dies ist die Grundvoraussetzung für gelingende Bürgerbeteiligung.

Im Politik-Dialog am 15. Juli 2021 war das Thema Impfen und auch Impfskepsis sehr umstritten. Es wurde beklagt, dass durch ungenügende Informationen und unzureichendes Wissen Verunsicherung und Missverständnisse entstanden seien. Sowohl leicht erreichbare Impfangebote als auch

Strategien zur Stärkung von Gesundheit und Abwehrkräften seien notwendig. Vor allem aber müsse eine Polarisierung der Debatte durch das grundsätzliche Abtun von Impfskepsis als Verschwörungstheorie vermieden werden. In einer offenen Debatte müssten auch Fragen und Skepsis ihren Raum haben, gleichzeitig müsse sie auf transparenten Sachinformationen beruhen. Als wichtigste Argumente gegen eine allgemeine Impfpflicht wurden die grundgesetzlich zu garantierende Persönlichkeitsrechte sowie eine mangelnde Transparenz bezüglich möglicher Impfkomplicationen genannt.

Die 11. Sitzung vom 21. Oktober 2021 befasste sich mit der Frage „Impfungen – Wieviel Druck ist legitim?“. Hier wurde in allen Arbeitsgruppen die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht abgelehnt. Gleichzeitig wurden sehr differenzierte Stellungnahmen hinsichtlich der Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen erarbeitet. In allen fünf Kleingruppen wurden zahlreiche Argumente gegen eine Pflichtimpfung formuliert: die Einführung der – bislang abgelehnten – Impfpflicht würde die Politik viel Vertrauen kosten; jede Person müsse die Möglichkeit haben, eigenverantwortlich zwischen Schutz und Gefährdung abzuwägen; die Impfung dürfe nicht als einziger Weg aus der Pandemie dargestellt werden; der Impfwang bringe die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft. Als Argumente für eine Impfpflicht wurden genannt: Vermeidung von weiteren Todesfällen, Entlastung des Gesundheitswesens, Beendigung der wirtschaftlichen Belastung durch die Pandemie.



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung3](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung3)



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung11](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung11)

Bereits im 3. Bürgerforum Corona am 18. Februar 2021 ging es um „Impfungen und Impfstrategien“. Die Teilnehmenden hörten Fachvorträge über die Wirkungsweise der verschiedenen Impfstoffe, ihre Sicherheit und mögliche Nebenwirkungen. Nach intensiver Diskussion und engagiertem Eintreten der Expertinnen und Experten, darunter des Vorsitzenden der Ständigen Impfkommission für die Wirksamkeit und Verträglichkeit der Impfungen, blieb das Stimmungsbild der Teilnehmenden dennoch eindeutig: Sie sprachen sich ausnahmslos gegen eine allgemeine Impfpflicht aus, und 96% auch gegen Ausnahmen vom Lockdown für Geimpfte. Viele sahen die Gefahr einer Zwei-Klassen-Gesellschaft und hielten es für ethisch nicht vertretbar, so zwischen Geimpften und Ungeimpften zu unterscheiden. Mehrheitlich zeigten die Mitglieder des Bürgerforums in einer anonymen Kurzumfrage jedoch schon im Februar 2021 die Bereitschaft, sich selbst impfen zu lassen, sofern sie die Möglichkeit dazu hätten. Als wichtigste Argumente für eine Impfung sahen die Teilnehmenden zu diesem Zeitpunkt die Eindämmung der Pandemie und die Wiederherstellung der persönlichen Freiheit, als wichtigste Gegenargumente die zu kurze Entwicklungszeit der Impfstoffe und zu geringe Erkenntnisse über die Wirksamkeit und mögliche Nebenwirkungen.

Intensiv diskutiert wurde in der Abschlussitzung im Dezember in diesem Zusammenhang auch die Frage, inwieweit verbesserte gesundheitliche Prävention und individuelle Stärkung der Abwehrkräfte als weitere Forderung neben der Impfpflicht

in die Empfehlungen aufgenommen werden sollten. Dies wurde letztlich verworfen, weil die Förderung der Prävention als zu unspezifisch und daher als wenig wirksame Empfehlung des Bürgerforums erschien, obwohl sie mehrheitlich für sehr wichtig erachtet wurde. Die Teilnehmenden entschlossen sich dazu, möglichst konkrete Forderungen und Empfehlungen mit klarem Bezug zur Pandemiepolitik zu formulieren und allgemeinere Fragen im Rahmen der Abschlussempfehlungen nicht zu thematisieren.

Insgesamt hat das Bürgerforum Corona in kaum einer Frage eine so starke Veränderung seiner Haltung über den einjährigen Verlauf der Diskussion gezeigt wie hinsichtlich der Impfpflicht. Im Februar 2021 wurde eine allgemeine Impfpflicht einhellig abgelehnt, im Oktober 2021 wurde dies weitgehend genauso gesehen, während sich im Dezember 2021 eine Mehrheit für eine allgemeine Impfpflicht aussprach. Auch manche Teilnehmende, die sich im Verlauf des Jahres oftmals kritisch mit den Impfungen auseinandergesetzt haben, plädierten in der Abschlussdebatte für eine Impfpflicht. In den Schlussabstimmungen haben 10 Mitglieder sowohl gegen eine allgemeine Impfpflicht als auch gegen eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen gestimmt (→ siehe die nicht verabschiedete Empfehlung „Keine Impfpflicht für Berufsgruppen“)

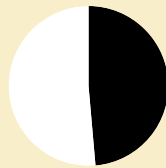
EMPFEHLUNG 3 GESELLSCHAFTLICHER DRUCK



Der gesellschaftliche Druck auf Ungeimpfte darf nicht weiter erhöht werden! 2G-Regelungen spalten die Gesellschaft – es ist besser, die Eigenverantwortung zu stärken.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

- JA: 16
- NEIN: 15



Auch diese Empfehlung gehört in den Kontext des kontroversen Themas Impfen, zu dem das Bürgerforum Corona keine einheitliche Position vertrat. Das Thema der Eigenverantwortung und der drohenden Spaltung der Gesellschaft wird von der Hälfte der Teilnehmenden sehr deutlich formuliert, während die andere Hälfte Pflichtimpfungen und gesellschaftlichen Druck zur Erzielung einer höheren Impfquote für legitim hält. Im Zuge der Verabschiedung dieser Empfehlungen wurde eingehend diskutiert, ob dieser Punkt entfallen sollte – schlussendlich sprach sich das Bürgerforum jedoch dafür aus, ihn zur Abstimmung zu stellen und durch das Abstimmungsergebnis die unterschiedlichen Positionen transparent zu machen. Mit einer Stimme Mehrheit ist diese Forderung deshalb auch in die Empfehlungen des Bürgerforums aufgenommen worden. In der Diskussion hatten die Stimmen, die eine Streichung der Empfehlung forderten, noch überwogen, bei der – anonymen – Schlussabstimmung zeigte sich dann aber wiederum deutlich das breite Meinungsspektrum zu dieser Frage.

Auf ausdrücklichen Wunsch der Mitglieder des Bürgerforums wurde in der Schlussphase des Bürgerforums im Oktober 2021 eine eigene Sitzung zum Thema „Impfungen – wieviel Druck ist legitim?“ durchgeführt. Hier wurden verschiedene Fachvorträge dazu gehört, ob und in welchem Maße gesellschaftlicher Druck auf Ungeimpfte sinnvoll und legitim sein könnte. In fünf Kleingruppen beschäftigten sich die Teilnehmenden anschließend ausführlich mit dieser Frage. Dabei wurde von vielen Personen die Befürchtung geäußert, dass eine Ausgrenzung von Ungeimpften („2G“) zur Spaltung der Gesellschaft führen könnte. Angesichts der Möglichkeit einer Übertragung des Virus auch durch Geimpfte wurde zudem die Sinnhaftigkeit von 2G-Regelungen angezweifelt. Dem standen Meinungen gegenüber, welche die Verantwortung aller gegenüber der Gemeinschaft in den Vordergrund stellten und aus diesem Grund eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit Ungeimpfter auf den zur Deckung des persönlichen Alltagsbedarfs nötigen Radius für legitim hielten. Auch im Politik-Dialog am 15. Juli 2021 wurde im Zusammenhang mit dem Thema Impfen die Frage einer möglichen Spaltung der Gesellschaft sehr lebhaft diskutiert.

Insgesamt wirft diese Empfehlung ein Schlaglicht auf die Kernfragen bei der Bewältigung der Pandemie und zeigt, wie schwer es ist, hierzu einen demokratischen Konsens zu erreichen. Das Meinungsspektrum hat sich im Bürgerforum Corona zu dieser Frage vom Anfang bis zum Ende als sehr breit erwiesen.

EMPFEHLUNG 4

AUSWEITUNG DER IMPFKAPAZITÄTEN



Das Bürgerforum Corona empfiehlt dem Bund und den Ländern, die Impfkapazitäten auszuweiten.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

● JA: 31
● NEIN: 0



Anders als die vorangegangenen Empfehlungen zum Thema Impfpflicht und Druck auf Ungeimpfte wurde die Empfehlung, leicht zugängliche Impfmöglichkeiten zu schaffen, einstimmig gefasst. Es gab hierzu keine Kontroverse in der Diskussion. Auch Teilnehmende, die persönlich eine skeptische Haltung zur Impfpflicht vertraten, sprachen sich dafür aus, dass vom Staat umfassende und leicht erreichbare Impfmöglichkeiten angeboten werden sollten.

Diese Forderung basiert auf den Beratungen des Bürgerforums im Februar 2021 zu Impfungen und Impfstrategien. Zu diesem Zeitpunkt standen die Knappheit der Impfdosen und die Schwierigkeit, einen Impftermin zu erhalten, im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und der Diskussion. Die Teilnehmenden empfahlen dem Land Baden-Württemberg eine aktive Informationspolitik und die Ausweitung der Impfmöglichkeiten auf Hausarztpraxen. In der Abschluss-Abstimmung im Dezember 2021 bekräftigten sie diese Empfehlung.



Die Dokumentation zur Sitzung ist downloadbar unter
→ http://beteiligungportal-bw.de/bfcorona_sitzung3

EMPFEHLUNG 5

BESSERE IMPFAUFKLÄRUNG

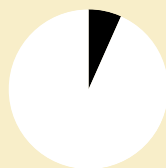


Das Bürgerforum empfiehlt, bessere und verständliche Impfaufklärung zu betreiben.

- Impfscheidungen basieren auf Vertrauen in die Transparenz und Kompetenz der Politikerinnen und Politiker, welches in der Pandemie verloren gegangen ist, z. B. im Rahmen der Maskendeals.
- Positive Wirkungen der Impfungen müssen stärker kommuniziert werden, auch um Impfgegnerinnen und -gegnern die Argumentationsgrundlage zu entziehen.
- Für Impfungen muss ganz gezielt bei Unsicheren geworben werden, gerade in uninformierten und bildungsfernen Schichten sowie bei Menschen mit Sprachbarriere.
- Dabei schafft es auch Vertrauen, transparent zu kommunizieren, wo die Politik noch Nichtwissen über Impfungen und pandemisches Geschehen hat.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

- JA: 29
- NEIN: 2



Die Forderung nach besserer Informierung über die Impfungen fand eine breite Mehrheit im Bürgerforum. Sowohl impfkritische Teilnehmende wie Impfbefürwortende halten eine umfassende, transparente Informierung für eine zentrale Aufgabe des Staates in der Pandemiebekämpfung. Obwohl es, wie in den Empfehlungen 2 – 4 deutlich wird, ein kontroverses Meinungsspektrum gibt, sind sich die Teilnehmenden sehr einig in dieser Empfehlung und ihrer Erwartung an die Politik, mehr, bessere und transparentere Informationen zur Impfung zu geben.

In der Diskussion wurde deutlich, dass damit sowohl eine barrierearme Kommunikation für Zielgruppen gemeint ist, für die Informationen weniger gut zugänglich sind, als auch eine ausgewogene Art und Weise der Informierung, die verschiedene Sichtweisen einbezieht. Eine einseitige Kommunikation, die auf die Beeinflussung der Bevölkerung zielt, ohne dieser eine eigenständige Meinungsbildung zu ermöglichen, wird abgelehnt.

Im Rahmen des Politik-Dialogs am 15. Juli 2021 stand die politische Aufgabe der geeigneten Weitergabe von Informationen deutlich im Mittelpunkt. In der Diskussion wurde gefordert, Informationen auch zielgruppengerecht für Menschen in besonderen Lebenssituationen zu gestalten, zum Beispiel für junge Menschen, junge Mütter, Menschen mit Behinderungen oder Bewohnende von Altenheimen. Kritisch wurde thematisiert, dass Datenschutzbelange in Konflikt mit dem öffentlichen Interesse an Informationen über Krankheitsverläufe,



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung3](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung3)



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung8](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung8)

Impfwirkungen und -reaktionen stünden. Deutlich wurde im Rahmen des Politik-Dialogs auch, dass Information nicht nur Öffentlichkeitsarbeit bedeutet, sondern Partizipation und Einbeziehung von allen Bürgerinnen und Bürgern in die Gestaltung der Gesundheitspolitik. Austausch und soziale Teilhabe seien wichtige Voraussetzungen dafür, dass Informationen tatsächlich bei den Menschen ankommen. Dies sei vor allem für Menschen wichtig, die wegen Mobilitätseinschränkungen oder aus Sorge vor Ansteckung wenige Kontakte haben. Hier seien Online-Vernetzungsangebote, beispielsweise für Ältere, besonders wichtig. Kritisiert wurde im Politik-Dialog die große Fülle und Widersprüchlichkeit auch der öffentlich gegebenen Informationen. Die nachrichtengerechte Zuspitzung von Positionen befördere die Polarisierung; Aufgabe der Politik sei das Einordnen und Verständlich-Machen von Informationen. Die Glaubwürdigkeit der Politik und der Corona-Maßnahmen hänge von einer glaubwürdigen Informationspolitik ab.

Im Rahmen des Forums zum Impfen und Impfstrategien im März 2021 sprachen sich 75% der Teilnehmenden dafür aus, mehr Informationen zur Corona-Impfung zu veröffentlichen und dabei auch Social-Media-Kanäle zu nutzen. Dies wurde ausdrücklich auch als Aufgabe der Landesregierung Baden-Württemberg gesehen. Zu wenig und zu einseitige Informationen über Impfstoffe wurden von Bürgern und Bürgerinnen in der Diskussion als Problem benannt. Während der gesamten Forums-Diskussion wurde deutlich, dass die Teilnehmenden die umfassende und tiefgehende Information durch die Fachvorträge im Rahmen des Bürgerforums sehr schätzten. Gerade beim ersten Forum zum Thema Impfen im März 2021 gaben sie hierzu sehr positives Feedback – man habe durch 30 Minuten Fachvorträge mehr über die Impfungen erfahren als in der gesamten öffentlichen Diskussion außerhalb des Forums.

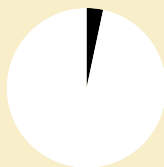
EMPFEHLUNG 6 PFLEGENOTSTAND



Das Bürgerforum sieht in einer systematischen Krankenhauspolitik und in der Aufwertung des Pflegeberufs das stärkste Mittel gegen den Pflegenotstand.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

- JA: 30
- NEIN: 1



Diese Empfehlung entstammt ebenfalls dem Kontext der Abschluss-Diskussion über die Impfpflicht. Sie reagiert auf das Argument, die Corona-Pflichtimpfung sei unverzichtbar, um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden. Die Mitglieder des Bürgerforums sehen zwar diesen Zusammenhang. Die Diskussion und das Abstimmungsergebnis für diese Empfehlung bringen jedoch die übereinstimmende Haltung der Teilnehmenden zum Ausdruck, dass nicht die Corona-Pandemie der eigentliche Auslöser von Problemen im Gesundheitssektor ist, sondern dass der im Rahmen der Pandemie offenbar werdende Pflegenotstand und Probleme bei der stationären Krankenversorgung ihre Ursache in längerfristigen Entwicklungen haben. Ausdrücklich fordert das Bürgerforum Corona deshalb die Politik auf, sich mit der Lösung dieser langfristigen Aufgaben im Gesundheitssystem zu befassen.

Im Politik-Dialog im Juli 2021 wurde die notwendige Unterstützung für das Pflegepersonal bereits thematisiert, hier allerdings eher unter dem Aspekt, dass Pflegenden erleichterten Zugang zu Schutzmaßnahmen inklusive Impfungen erhalten müssten. Ihre besonderen Bedürfnisse in der Pandemie seien nur ungenügend berücksichtigt worden.



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung8](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung8)

EMPFEHLUNG 7

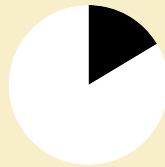
KEINE WEITEREN LOCKDOWNS



Das Bürgerforum lehnt weitere Lockdowns ab. Vor allem für Geimpfte soll es keine Lockdown-Beschränkungen geben. Lockdowns sollen verhindert werden, da sie schädliche Auswirkungen haben, zum Beispiel auf Kultur, Wirtschaft und öffentliches Leben.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

- JA: 26
- NEIN: 5



Die Empfehlung oder besser dringende Aufforderung an die Politik, zukünftig keine generellen Lockdowns mehr anzuordnen, basiert auf umfangreichen Diskussionen in mehreren Sitzungen des Bürgerforums Corona. Sie wird von der großen Mehrheit der Teilnehmenden unterstützt. Auf Wunsch der Mitglieder des Bürgerforums befasste sich bereits die erste thematische Sitzung des Bürgerforums am 21. Januar 2021 mit dem Thema: „Plan B: Wie weiter nach dem Lockdown?“ Dass der tatsächliche Ausstieg aus dem Lockdown noch sehr viel länger dauern würde, konnte zu diesem Zeitpunkt keiner der Beteiligten wissen. Im Januar 2021 sprach sich gut die Hälfte der Teilnehmenden für einen harten Lockdown aus, ein Viertel lehnten ihn ab, ein Viertel war unentschieden. Als wichtigste Faktoren für die Beendigung des Lockdowns wurden die Inzidenzzahl sowie die Impfquote benannt. Ob einzelne Personengruppen (Jüngere, Geimpfte) von den Lockdown-Beschränkungen ausgenommen werden könnten, war umstritten.



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung2](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung2)



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung5](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung5)

In kaum einer Frage hat sich die Haltung des Bürgerforums im Verlauf der Sitzungen so stark verändert. Im April 2021 diskutierten die Teilnehmenden das Thema „Soziale Langzeitfolgen“ des Lockdowns. Hierbei standen vor allem die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Fokus der Teilnehmenden. Durch die Fachvorträge, aber auch die persönlichen Berichte der Teilnehmenden wurde allen deutlich, wie gravierend die Auswirkungen des Lockdowns auf die Entwicklungsmöglichkeiten und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sind. Es wurde stark dafür plädiert, ihnen mehr Möglichkeiten zum Kontakt mit Gleichaltrigen zu geben. Auch die Vereinsamung von Seniorinnen und Senioren in Pflegeheimen wurde engagiert thematisiert, und es wurden Möglichkeiten erörtert, auch durch Nutzung digitaler Angebote sowie durch kontrollierte Besuche diese Isolation zu überwinden.

Besonders wenig Verständnis fanden die Maßnahmen zur Kontakteinschränkung im Freien. Eine große Zahl von Teilnehmenden sprach sich dafür aus, hierbei stärker Forschungsergebnisse zur Aerosol-Verbreitung zu berücksichtigen und mehr Kontakte und Aktivitäten im Freien zu ermöglichen, beispielsweise kulturelle Veranstaltungen und Sporttrainings. Auch sollten Vereine und Ehrenamtliche dabei unterstützt werden, pandemiegerechte Angebote zu realisieren. Der öffentliche Raum solle gezielt so gestaltet werden, dass er Kontakte auch in Pandemie-Zeiten möglich macht. Ebenfalls seien Nachbarschaftshilfe und Vernetzung zur Vermeidung schädlicher Folgen von Isolation wichtig. Auch die konkreten Diskussionen zum Thema Jugend und Schule sowie zum Thema Gastronomie und Tourismus (siehe dazu jeweils die gesonderten Empfehlungen) trugen dazu bei, dass im Verlauf des Bürgerforums Corona die Zustimmung zu Lockdown-Maßnahmen schwand. Insgesamt wurde gefordert, genau zu evaluieren, welche Pandemie-Maßnahmen Sinn gemacht haben und welche nicht.

Es zeichnete sich ab, dass die Teilnehmenden im Verlauf des Bürgerforums einen generellen Lockdown zunehmend kritisch gesehen haben. Die Diskussionen mündeten in die Empfehlung, auf generelle Lockdowns ganz und gar zu verzichten.

EMPFEHLUNG 8

KEINE GENERELLEN SCHULSCHLIESSUNGEN



Das Bürgerforum Corona lehnt generelle Schulschließungen ab.

- An Schulen und Universitäten muss so viel in Präsenz gelehrt werden wie möglich.
- Die Belange von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, insbesondere Studierende, müssen in den Mittelpunkt gestellt werden.
- Lehrpläne müssen an die Corona-Situation angepasst werden.
- Kinder- und Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen müssen mehr unterstützt werden, beispielsweise bei Lern- und Wissenslücken.
- Um die Herausforderungen der Pandemie an Schulen und Bildungseinrichtungen zu bewältigen, müssen Personallücken geschlossen und die Digitalisierung im Bildungsbereich vorangetrieben werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

- JA: 31
- NEIN: 0

Die Forderung, Schul- und Universitätsschließungen auf jeden Fall zu vermeiden und zur Präsenzlehre zurückzukehren, wurde einstimmig verabschiedet. Es gab auch in der Diskussion keine Gegenstimmen oder Gegenargumente.

Hintergrund für diese Empfehlung waren zum einen die Diskussionen zu den negativen Folgen der Isolation vor allem für Kinder und Jugendliche, besonders solche in schwierigerer sozialer Lage. Gerade Kinder, die in engen Wohnungen leben, keinen Zugang zu einem privaten Garten haben und deren Eltern eine individuelle schulische Unterstützung nicht leisten können, sind Opfer der Pandemie. Für sie will sich das Bürgerforum Corona mit Nachdruck einsetzen. Beeindruckend für die Teilnehmenden des Bürgerforums waren vor allem die Schilderungen von Schülerinnen über die entstandenen Lern- und Motivationsschwierigkeiten und die dadurch ausgelösten Sinnkrisen. Ähnlichen Eindruck machte die Darstellung der gravierenden körperlichen und psychologischen Folgen für die Entwicklung von Kita-Kindern und die extreme Belastung für Eltern während des Lockdowns.



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungportal-bw.de/
bfcorona_sitzung5](http://beteiligungportal-bw.de/bfcorona_sitzung5)



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungportal-bw.de/
bfcorona_sitzung6](http://beteiligungportal-bw.de/bfcorona_sitzung6)

Im Bürgerforum Corona am 20. Mai 2021 wurden die Auswirkungen der Pandemie auf das Bildungssystem diskutiert. Hierbei waren sich die Teilnehmenden einig, dass der fehlende Kontakt zu Gleichaltrigen in Schule, Freizeit und Engagement für junge Menschen eine hohe Belastung darstellt. Ausgedehnte Quarantäne-Regelungen für Kinder hätten schwerwiegende Folgen. Das Bürgerforum Corona entwickelte in dieser Diskussion viele konkrete Vorschläge, um Kontaktmöglichkeiten zu schaffen, zum Beispiel praktikable Teststrategien, Angebote und Möglichkeiten für Begegnung im Freien, Sommer- und Sprachcamps oder Schwimmunterricht. Bei Aktivitäten im Freien sollte, so die Bürgermeinung, auf die Nachweispflicht eines negativen Schnelltests verzichtet werden.

Die Teilnehmenden forderten auch eine Anpassung der Unterrichtsorganisation: das Vorantreiben des Einbaus von Luftfiltern in Klassenräumen, flexiblere Umsetzung des Bildungsplans, um versäumten Stoff aufzuholen und zu wiederholen, Eigenverantwortung der Lehrkräfte bei der Entscheidung, welcher Stoff vorrangig bearbeitet werden soll, Abschichtung und Priorisierung der Lehrinhalte. Hierfür bräuchten die Lehrkräfte Rückendeckung von der Politik. Zudem müsse die Digitalisierung des Unterrichts konsequent vorangetrieben werden. Dass die Forderung nach Präsenzunterricht an Schulen und Universitäten im Bürgerforum einstimmig unterstützt wird, ist insofern bemerkenswert, als die öffentliche Debatte dazu deutlich gespalten ist. Vielschichtige Fachvorträge und Diskussionen im Bürgerforum bestärkten die differenzierten Perspektiven der Teilnehmenden auf den Umgang mit dem Pandemiegeschehen: Sicherheitsaspekte wie die Vermeidung von Ansteckungen um jeden Preis und umfassende Quarantänepflichten haben die Bürgerinnen und Bürger im Blick auf die gravierenden Folgen von Schließungen gerade für die Jüngeren relativiert – auch wenn alle geimpft seien, sei Corona für die Kinder noch lange nicht vorbei.

EMPFEHLUNG 9

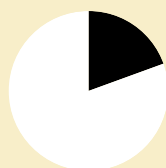
EINHEITLICHE REGELUNGEN



Das Bürgerforum fordert klare, bundesweit bzw EU-weit gültige einheitliche Regelungen zu den Kontakt- und Reisebeschränkungen und den Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung durchzusetzen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

- JA: 25
- NEIN: 6



Die Empfehlung nach bundesweit einheitlichen, transparenten und verständlichen Regelungen im Bereich Tourismus, Gastronomie und Events wurde mit großer Mehrheit gefasst. Hintergrund waren die Diskussionen im Bürgerforum Corona „Reisen, Tourismus und Freizügigkeit“ am 17. Juni 2021, bei denen die Inputs aus dem Bereich Gastronomie, Hotellerie und private Ferienwohnungs-Vermietung auf die schwierige Umsetzung und mangelnde Nachvollziehbarkeit der uneinheitlichen und stetig wechselnden Regelungen hinwiesen.

In der Einstiegsrunde stellten die Bürgerinnen und Bürger auf einer Karte dar, welche Reisepläne sie Corona-bedingt aufgeben musste und wie sich ihr Reiseverhalten im Jahr 2021 dadurch verändert hat.

Vor diesem Hintergrund empfahlen die Bürgerinnen und Bürger eine Vereinheitlichung der Regelungen und entwickelten Vorschläge zur praktischen Umsetzbarkeit. Gastronomische und kulturelle Betriebe sollten die Chance auf Betrieb und Öffnungen

haben, wobei die Risikobewertung möglichst konkret erfolgen sollte. Dabei sollten Ferienwohnungen und Hotels unterschiedlich behandelt und in der Risikobewertung verschieden eingestuft werden. Hierbei sahen die Bürgerinnen und Bürger vor allem in erweiterten Teststrategien vielfältige Möglichkeiten: so sollten beispielsweise in Hotels und gastronomischen Einrichtungen vor Ort offizielle Tests durchgeführt werden können. Die Testpflicht bei Reisebeginn und touristischen Aufhalten sollte vereinfacht werden (mehr Teststationen, Rückerstattung von Testkosten).

Auch im Bereich Gastronomie, Hotellerie, Events empfahlen die Bürgerinnen und Bürger eine Evaluation, um zu prüfen, welche (gesundheits-)politischen Maßnahmen welche Wirksamkeit in der Bekämpfung der Pandemie entfaltet haben, um die Erfahrungen für zukünftige Krisen besser nutzen zu können. Für die Schließungen konkreter Einrichtungen seien nachvollziehbare Begründungen notwendig. Neue Lockdowns sollten nur noch im äußersten Notfall als Mittel zum Tragen kommen, und dann müsse es immer noch die Möglichkeit zum Betrieb von Außen-gastronomie geben. Aufmerksamkeit fand auch die Tatsache, dass durch die langen Schließungen im Tourismusbereich ein erheblicher Personalmangel entstanden ist und Betriebe, die umfangreiche Umbauten und Vorkehrungen getroffen hätten, am Ende doch geschlossen wurden. Teilweise sei die Lebendigkeit des öffentlichen Raums ein Opfer der Pandemie geworden – die zukünftige Pandemiepolitik müsse dies im Blick haben, Lockdowns nur im äußersten Notfall vorsehen und ein übergeordnetes Konzept für Gastronomie und Kultur vorsehen.



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung7](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung7)



Link zu Reisen, Tourismus und
Freizügigkeit:
→ [https://nexusinstitut.padlet.org/
mail1648/pnccq7cobbdqn1vu](https://nexusinstitut.padlet.org/mail1648/pnccq7cobbdqn1vu)

nexus Institut für Kooperationsmanagement + 3 • 7Mi.

7. Bürgerforum Corona | Donnerstag, 17. Juni 2021 | Thema: Reisen, Tourismus und Freizügigkeit des Staatsministeriums Baden-Württemberg



Zu Beginn der Sitzung abgefragte Reiseziele der Teilnehmenden des Bürgerforums:

rot = aufgrund der Pandemie nicht angefahrne Ziele | grün = geplante oder realisierte Reiseziele.

Bild: nexus via Padlet.

EMPFEHLUNG 10 TESTS UND KONTROLLEN



Das Bürgerforum Corona spricht sich dafür aus, verstärkt und konsequent Kontrollen von Impf- und Testnachweisen im öffentlichen Tourismus-, Kultur- sowie Gastronomiesektor durchzuführen.

- Das Bürgerforum ist überzeugt, dass die Digitalisierung im Gesundheitswesen vorangetrieben werden muss. Fälschungen von Impfausweisen müssen verhindert werden.
- Ein Mittel dafür können einfach zu benutzende Apps für die Kontrolle und das Ein- und Auschecken bei Reisen, Kulturveranstaltungen und in der Gastronomie sein (z.B. Luca-App, Covpass-App, Corona-Warn-App).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

- JA: 28
- NEIN: 3



Die Empfehlung, Impf- und Testnachweise im öffentlichen Raum besser zu kontrollieren und hierfür erweiterte digitale Möglichkeiten zu nutzen, fand eine breite Mehrheit. Sie stützt sich auf die Diskussionen in mehreren Sitzungen. Für das 10. Bürgerforum am 16. September 2021 hatten sich die Bürgerinnen selbst das Thema „Digitalisierung und digitale Kontaktnachverfolgung“ gewünscht und wurden durch mehrere Inputs ausführlich über die Möglichkeiten und Begrenzungen der aktuell in Deutschland verwendeten Corona-Apps informiert. Dabei wurde deutlich, dass die staatlich geförderte Corona-Warn-App seitens der Experten insgesamt als wirksam und als Erfolg bewertet wurde. Die Teilnehmenden sahen jedoch noch erheblichen Verbesserungsbedarf für die Nutzenden. In ihrer großen Mehrheit nutzten die Mitglieder des Bürgerforums selbst die verschiedenen Apps, empfanden jedoch die Verzögerung bei der Meldung von Kontakten und die unterschiedlichen Methoden zum Einchecken in der Gastronomie als nachteilig.



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungportal-bw.de/
bfcorona_sitzung5](http://beteiligungportal-bw.de/bfcorona_sitzung5)



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungportal-bw.de/
bfcorona_sitzung6](http://beteiligungportal-bw.de/bfcorona_sitzung6)



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungportal-bw.de/
bfcorona_sitzung10](http://beteiligungportal-bw.de/bfcorona_sitzung10)

Deutlich wurde, dass die Mehrheit der Teilnehmenden Vertrauen in die Datenschutz-Vorkehrungen der Apps hatte. Einige bedauerten dabei, dass wegen der Datenschutz-Bedenken manche Nutzungen zur Pandemie-Bekämpfung unmöglich seien. Es gab viel Zustimmung zu der Forderung, die Apps auch für die Kontaktnachverfolgung der Gesundheitsämter in der Fläche zu nutzen. Einig waren sich die Bürgerinnen und Bürger darin, dass die Vielzahl der Apps unpraktisch sei und eine europaweit einheitliche App mit einheitlichen Eincheck-Möglichkeiten günstiger sei. Aus eigener Erfahrung berichteten einige Teilnehmende über vielfältige Fälschungsversuche von Impf- und Testnachweisen. Daraus erwuchs die breit getragene Forderung, solchen Fälschungen durch gute digitale Möglichkeiten entgegenzuwirken.

Aber auch zur Digitalisierung diskutierten die Bürgerforen im Rahmen der Themen Bildungssystem und Kontaktbeschränkungen. Hier wurde ebenfalls mehrfach angesprochen, dass durch eine konsequentere Nutzung der durch die Digitalisierung eröffneten Chancen der Umgang mit der Pandemie erleichtert werden könnte. So könnten Kontaktmöglichkeiten zur Überwindung der sozialen Isolierung digital vereinfacht werden (Nachbarschafts-Apps, Kontaktplattformen im Quartier), Ehrenamt und Engagement könnten in Pandemiesituationen durch digitale Vernetzungsmöglichkeiten unterstützt werden. Das Distanzlernen von Schülerinnen und Schülern müsste unbedingt durch die konsequente Digitalisierung der Lehrinhalte und -formen erleichtert werden. Die digitale Durchführung des Bürgerforums Corona wurde als positives Beispiel für die Chancen der Digitalisierung zur Bürgerbeteiligung auch in der Pandemiesituation hervorgehoben.

EMPFEHLUNG 11

MEHR GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

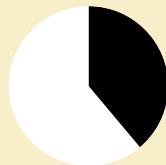


Das Bürgerforum spricht sich dafür aus, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Eigenverantwortung bei der Pandemiebekämpfung zuzutrauen.

- Die Gesellschaft braucht Vertrauen statt Kontrolle und Ausgrenzung von Ungeimpften.
- Dabei soll es keine polizeilichen Kontrollen im privaten Raum geben.
- Selbsttests sollen mehr Gültigkeit haben, sodass sie die offiziell zertifizierten Tests ergänzen. Den Bürgerinnen und Bürgern muss dabei mehr vertraut werden!

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

- JA: 19
- NEIN: 12



Die abschließende elfte Empfehlung des Bürgerforums hat einen übergreifenden Charakter. Im Kern geht es dabei um die Verantwortungsverteilung bei der Pandemiebewältigung zwischen dem Staat auf der einen und den Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite. Das Thema Eigenverantwortung wurde im Rahmen des Bürgerforums immer wieder engagiert diskutiert. Stets standen sich dabei zwei Positionen gegenüber: Einerseits die Forderung nach mehr staatlicher Regelung und Kontrolle, andererseits die Forderung nach mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Immer wieder wurde deutlich, dass zur Bewältigung der Pandemie das Verhalten der Einzelnen im privaten Raum, ihre Einsicht in die Notwendigkeit von Maßnahmen und deren eigenverantwortliche Umsetzung unverzichtbar sind. Staatliche Kontrollen des Verhaltens jeder einzelnen Person sind in der Fläche nicht möglich und auch nicht wünschenswert. Dem gegenüber standen aber immer wieder Bedenken, dass Einzelne die Freiräume auch missbrauchen, Regelungen nicht ernst nehmen und durch ihr unverantwortliches Handeln die Gemeinschaft gefährden.



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung4](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung4)



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung11](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung11)

Ausführlich wurde das Thema Eigenverantwortung in der Sitzung zum Thema „Tests und Teststrategien“ am 18. März 2021 diskutiert. Hier bekam die Forderung nach einer Teststrategie, die eigenverantwortliches Testen vorsieht, von allen Statements die höchste Zustimmung. Aber auch bei dieser Diskussion gab es bereits Stimmen, die auf die Gefahr des Verheimlichens negativer Ergebnisse oder auf die mögliche falsche Durchführung von Tests hinwiesen.

In diese Empfehlung sind aber auch die Diskussionen zur Legitimität des Drucks auf Ungeimpfte eingeflossen, die in der letzten thematischen Sitzung des Bürgerforums am 21. Oktober 2021 geführt wurden. Hier lehnten viele Teilnehmende die Ausgrenzung von Ungeimpften ausdrücklich ab.

Am Ende ist das Votum des Bürgerforums zu dieser zentralen Frage nicht eindeutig, aber es zeigt sich eine Mehrheit für die Eigenverantwortung und gegen den Versuch einer umfassenden Kontrolle des privaten und öffentlichen Lebens. Dieses Votum ordnet sich erkennbar in die liberale Tradition Baden-Württembergs ein und wäre in einem anderen Bundesland vielleicht anders ausgefallen.

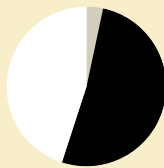
NICHT VERABSCHIEDETE EMPFEHLUNG KEINE IMPFPFLICHT FÜR BERUFSGRUPPEN



Das Bürgerforum Corona lehnt eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen wie zum Beispiel für Pflegekräfte ab.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

| | | |
|---|----------------|----|
| ● | JA: | 14 |
| ● | NEIN: | 16 |
| ● | KEINE ANTWORT: | 1 |



Diese Empfehlung fand keine Mehrheit und wurde somit nicht als Empfehlung verabschiedet.

Wie zuvor schon Empfehlung 2 ist auch diese Empfehlung nicht auf der Basis einer methodischen Erörterung von Pro- und Kontra-Argumenten zur Impfpflicht beschlossen worden, sondern im Ergebnis mehrfacher Diskussionen im Verlauf des gesamten Bürgerforums. Eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen wurde bei der Abstimmung knapp abgelehnt. Während der lebhaften Abschlussdiskussion wurde der Vorschlag verworfen, die Empfehlung positiv zu formulieren („Das Bürgerforum Corona empfiehlt die Einführung einer Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen“). Sondern es wurde mehrheitlich dafür votiert, die Formulierung so zur Abstimmung zu stellen, wie sie von den Arbeitsgruppen im Verlauf der Sitzungen erarbeitet wurde. Das Abstimmungsergebnis zeigt deutlich, dass das Bürgerforum zur Frage der Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen gespalten ist, beispielsweise wenn es um Personen geht, die im Bereich Kinderbetreuung, Altenpflege, Schule oder Gesundheitsversorgung tätig sind.



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung3](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung3)



Die Dokumentation zur Sitzung ist
downloadbar unter
→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_sitzung11](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_sitzung11)

Diese Empfehlung wurde vor allem in der letzten themengebundenen Sitzung des Bürgerforums am 21. Oktober 2021 („Impfungen – wieviel Druck ist legitim?“) erörtert. Diejenigen Teilnehmenden, die eine Impfpflicht in besonderen Bereichen befürworteten, wiesen darauf hin, dass vulnerable Gruppen in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen besonders geschützt werden müssten. Eine Mehrheit war der Auffassung, dass das Sicherheitsbedürfnis Vorrang haben müsste, dabei wurde auch an die Pflicht zur Masern-Impfung für Erzieherinnen und Erzieher erinnert. Andere wiesen darauf hin, dass durch eine Impfpflicht der Pflegenotstand eher verschärft werden würde, etwa durch den Ausfall von ungeimpftem Pflegepersonal. Dabei wurde teilweise deutliches Unverständnis geäußert, warum sich im Pflegebereich oder Krankenhaus Tätige nicht impfen ließen.

In der Sitzung zum Thema „Impfungen und Impfstrategien“ am 18. Februar 2021 wurde die Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen noch weitgehend abgelehnt. Ein gewisser Anteil der Mitglieder des Bürgerforums sprach sich für ein verpflichtendes Informationsgespräch oder eine Impfempfehlung für diese Berufsgruppen aus. In zwei der sechs Arbeitsgruppen sprachen sich einige Teilnehmende für eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen aus, diese Forderungen fanden jedoch keine Mehrheit im Plenum.

Insgesamt hat sich im Bürgerforum die Haltung zur Frage einer Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen im Verlauf des Jahres verändert, wenn auch weniger radikal als hinsichtlich der allgemeinen Impfpflicht. Dort hatte es schon zu Beginn der Diskussionen im Februar 2021 Stimmen gegeben, die eine sektorenbezogene Impfpflicht befürworteten. Die Unterschiedlichkeit zwischen den Auffassungen der einzelnen Teilnehmenden blieb dabei bis zum Ende des Bürgerforums erhalten.

WIE GEHT ES WEITER MIT DEN EMPFEHLUNGEN?

RESÜMEE

Die Landesregierung wird den Bericht des Bürgerforums Corona entgegennehmen und eine Stellungnahme erarbeiten. Zudem werden die Empfehlungen gemeinsam mit dem Bericht des Corona-Forums Zivilgesellschaft an den Landtag übermittelt. Dort ist geplant, dass sich eine Enquetekommission mit der Corona-Pandemie befassen soll. Was haben Staat und Gesellschaft aus der Corona-Krise lernen können. Wie können wir mehr Vorsorge leisten und unser Gemeinwesen krisenfester machen? Die Foren haben hierfür Vorarbeiten geleistet, die als Impulse dienen können.

Unabhängig von den inhaltlichen Voten hat dieses Bürgerforum wichtige Erkenntnisse für die Demokratie gebracht. Es hat gezeigt, dass zufällig ausgesuchte Teilnehmende in großem Respekt zueinander, aber wertschätzend zu einer wohlüberlegten Meinung finden können. Das ist deshalb so beachtlich, weil in der Öffentlichkeit die Themen extrem umstritten waren. Wichtig war, dass es ein breites Spektrum an Input gab. Das Staatsministerium wurde übrigens während des Prozesses durchaus dafür kritisiert, dass es den Kreis der Expertinnen und Experten so breit gezogen hatte. Breiter Input ist aber ein wesentlicher Baustein solch eines Bürgerforums.

Grundsätzlich hat das Bürgerforum aber gezeigt, dass auch in Krisensituationen Formen der Bürgerbeteiligung sinnvoll und hilfreich sein können. So haben auch die Länder Sachsen und Thüringen nach dem Vorbild von Baden-Württemberg Bürgerforen zu Corona angesetzt. Auf Bundesebene sollen Bürgerräte/Bürgerforen eine größere Rolle spielen.

Grundsätzlich haben sich nach Ansicht des Staatsministeriums die positiven Erfahrungen bisheriger Beteiligungsverfahren, die als Videokonferenz stattgefunden haben, auch in diesem Bürgerforum bestätigt. Gerade bei Verfahren, in denen Menschen aus dem ganzen Bundesland teilnehmen, sind Videokonferenzen vorteilhaft. Fachleute lassen sich so auch einfacher einbeziehen.

Der lange Durchführungszeitraum forderte viele Mitglieder des Bürgerforums heraus. Nicht alle sind über mehr als ein Jahr in diesem Format aktiv geblieben. Die Ausstiegs-Rate war erkennbar höher als bei üblicherweise viel kürzeren Beteiligungsformaten (von ca. 45 anfangs aktiven Bürgerinnen und Bürgern waren am Ende noch etwas über 30 aktiv dabei, inklusive Nachnominierungen). Die No-Show-Rate, also die Teilnehmenden, die vor Beginn abspringen, war aber extrem geringer als bei den üblichen Präsenz-Formaten. Das spricht für das Video-Format.

Das nexus Institut als durchführendes Institut zieht eine sehr positive Bilanz aus dem Bürgerforum: die zufällig ausgewählten Mitglieder des Bürgerforums zeichneten sich durch großes Engagement aus, durch Diskussionsfreude und die Bereitschaft, sich kritisch mit gesellschaftlichen Entwicklungen, aber auch den Fachvorträgen und der Politik auseinanderzusetzen. Die Arbeitsatmosphäre war dabei stets konstruktiv und respektvoll. Und auch wenn das Bürgerforum ausschließlich online durchgeführt wurde, sind die Teilnehmenden als heterogene Gruppe trotz der physischen Distanz zusammengewachsen.

Es war dem Team und dem Staatsministerium eine Freude, diesen spannenden Prozess und die engagierten Teilnehmenden ein Jahr lang zu begleiten.



Mehr Informationen finden sich unter:
→ <http://beteiligungsportal-bw.de/videokonferenzen>

ANHANG

REDNERINNEN UND REDNER

Als Rednerinnen und Redner sind beim Bürgerforum Corona folgende 20 Personen aufgetreten:

Sebastian Altemüller,
Mitglied der Leitung des Corona-Stabs im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Ulrich Arndt,
Leiter der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Barbara Bosch,
neue Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Andreas Braun,
Geschäftsführer der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg

Arne Braun,
Sprecher der Landesregierung Baden-Württemberg

Stephan Brockmann,
Referatsleiter Gesundheitsschutz und Epidemiologie im Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg

Gisela Erler,
Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Miriam Freudenberger,
Allianz für Beteiligung

Dr. Michael Konrad,
Referent für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Referat Psychiatrie/Sucht im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Dr. Ute Leidig,
Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration

Manne Lucha,
Minister für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Eva Ludovico,
Teilnehmerin, Botschafterin des Bürgerforums Corona

Dr. Isolde Piechotowski,
Leiterin des Referats Grundsatz, Prävention, Öffentlicher Gesundheitsdienst aus dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Dr. Patrick Rapp,
Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg

Fabian Reidinger,
stellvertretender Leiter der Stabsstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Nils Renkes,
Allianz für Beteiligung

Tanja Rühle-Grundt,
Teilnehmerin des Bürgerforums Corona

Theresa Schopper,
Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Dr. Sonja Wagner,
stellvertretende Leiterin des Gesundheitsamts Breisgau-Hochschwarzwald

Fatih Yilmazli,
Teilnehmer des Bürgerforums Corona

EXPERTINNEN UND EXPERTEN

Die Fachvorträge des Bürgerforums Corona wurden von folgenden 28 Personen gehalten:

Georg Albrecht,
Eigentümer und Geschäftsführer
Karawane Reisen GmbH

Rainer Autenrieth,
Eigentümer des
Gasthofs Hotel Hermann

Prof. Dr. Matthias Backenstraß,
Psychologe und Psychotherapeut,
Leiter des Instituts für
Klinische Psychologie am Zent-
rum für Seelische Gesundheit
des Klinikums Stuttgart

Dr. Stefan Brink,
Landesbeauftragter für
Datenschutz und Informations-
freiheit Baden-Württemberg

PD Dr. med. Claudia Denking,
Leiterin der Sektion
Klinische Tropenmedizin,
Universitätsklinikum Heidelberg

Dr. Dieter Dohmen,
Forschungsinstitut für Bildungs-
und Sozialökonomie Berlin

Emilie Dreier,
Schülerin der 10. Klasse einer
Realschule und Tochter einer
Teilnehmerin des Bürgerforums

Martin Fassunge,
Projektleiter SAP,
Mit-Entwicklung der
Corona-Warn-App

Dr. Lisa Federle,
Pandemiebeauftragte des
Landkreises Tübingen

Inge Gäbert-Kienzler,
Verband der Eigentümer von Ferien-
wohnungen und Ferienhäusern

Silke Hansen,
Gewerkschaftssekretärin Ver.di
Baden-Württemberg

Prof. Dr. Wolfram Henn,
Humangenetiker, Institut
für Humangenetik, Universität
des Saarlandes, Mitglied
des Deutschen Ethikrats

Oberbürgermeisterin a.D.
Gudrun Heute-Bluhm,
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied des Städtetags
Baden-Württemberg

Robin Houben,
Robert Koch-Institut, Leiter des
epidemiologischen Daten- und
Befragungszentrums

Bianca Kastl,
Projektmanagerin Digitale
Kontaktnachverfolgung und IT,
IT-Sicherheitsexpertin

Prof. Dr. Uwe Lahl,
Amtschef im Ministerium für
Soziales, Gesundheit und
Integration Baden-Württemberg

Prof. Dr. Thomas Mertens,
Virologe, Universität Ulm,
Vorsitzender der Ständigen
Impfkommission, Mitglied Lan-
desarbeitsgemeinschaft Impfen

Prof. Dr. Eckhard Nagel,
Transplantationsmediziner
und Medizinethiker, Universität
Bayreuth, Institut für Medizin-
management und Gesundheits-
wissenschaften, Gründungs-
mitglied des Deutschen Ethikrats

Dr. Viola Priesemann,
Max-Planck-Institut für Dynamik
und Selbstorganisation Göttingen

Prof. Dr. Dr. Ortwin Renn,
wissenschaftlicher Direktor am
Institut für Transformative
Nachhaltigkeitsforschung (IASS)
in Potsdam

Daniel Rousta,
Verband der Eigentümer von Ferien-
wohnungen und Ferienhäusern

Martina Rudolph-Zeller,
Leiterin der Telefonseelsorge
Stuttgart e.V.

Elisabeth Schilli,
Abiturientin und Pressesprecherin
des Landesschülerbeirats

Gerald Schimpf,
BA, Einsatzleitung Krisenstab
COVID-19 im Österreichischen
Bundesministerium für
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Dr. Stefan Schmidt-Troschke,
Sprecher des Vereins Ärzte für
Individuelle Impfentscheidung

Katja Schnell,
Leiterin Taskforce Impfen,
Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Integration

Carmen Stadelhofer,
ehm. Leiterin des Zentrums
für Allgemeine Wissenschaftliche
Weiterbildung an der Universität
Ulm und ehrenamtliche Initiatorin
von zivilgesellschaftlichen
Projekten und digitaler Nachbar-
schaftsarbeit

Waltraud Weegmann,
Vorsitzende des
deutschen Kitaverbandes
und Leiterin einer Kita

LINKSAMMLUNG



Teilnehmende des
Bürgerforums:

→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_zusammensetzung](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_zusammensetzung)



Dokumentationen der
Sitzungen des Bürgerforums:

→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
buergerforum_corona/](http://beteiligungsportal-bw.de/buergerforum_corona/)



Themenlandkarte des
Bürgerforum Corona:

→ [http://beteiligungsportal-bw.de/
bfcorona_themenlandkarte](http://beteiligungsportal-bw.de/bfcorona_themenlandkarte)

WEITERE LINKS



Beteiligungsportal des
Landes Baden-Württemberg:

→ <http://beteiligungsportal-bw.de>



Staatsministerium Baden-
Württemberg, Bürgerbeteiligung:

→ [https://stm.baden-wuerttemberg.
de/de/themen/buergerbeteiligung/](https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/buergerbeteiligung/)



Corona-Forum Zivilgesellschaft
der Allianz für Beteiligung:

→ [https://allianz-fuer-beteiligung.de/
beteiligung-aktuell/
forum-zivilgesellschaft/](https://allianz-fuer-beteiligung.de/beteiligung-aktuell/forum-zivilgesellschaft/)



Evaluation digitaler Beteiligungs-
prozesse mit Zufallsbürger*innen:

→ [https://www.wiesneck.de/
evaluationsbericht_
beteiligungsprozesse](https://www.wiesneck.de/evaluationsbericht_beteiligungsprozesse)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Staatsministerium
Baden-Württemberg
Stabsstelle der Staatsrätin

Richard-Wagner-Straße 15, 70184 Stuttgart

www.stm.baden-wuerttemberg.de



REDAKTION

nexus Institut für Kooperationsmanagement
und interdisziplinäre Forschung GmbH
Prof. Dr. Christiane Dienel und Ina Metzner

Willdenowstraße 38, 12203 Berlin

www.nexusinstitut.de



HINWEIS

Die Texte im Kapitel „Hintergrund“, „Zufallsauswahl und Teilnehmende“, „Wie geht es weiter mit den Empfehlungen“ wurden vom Staatsministerium für den Abschlussbericht verfasst. Bei der Verfahrensbewertung wurde der Textteil zur Evaluation des Verfahrens durch das zze von Prof. Dr. Thomas Klie verfasst und von nexus nur redaktionell bearbeitet.

DISCLAIMER

Dieses Dokument enthält Links zu externen Websites Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.

GESTALTUNG

Studio Tillack Knöll, Design Practice
Innerer Nordbahnhof 2, 70191 Stuttgart
www.studiotillackknoell.com

BILDNACHWEIS

Ausschnitt Videokonferenz (Seite 6):
nexus und Studio Tillack Knöll,
mit Zustimmung der Teilnehmenden

Themenlandkarte Corona (Seite 12 / 13)
Staatsministerium und Studio Tillack Knöll

DRUCK

DCC Kästl e.K.
Schönbergstr. 45-47
73760 Ostfildern
www.dcc-kaestl.d

Graphic Record (Seite 30 / 31) und Empfehlungen:
Michaela Ruhfus für bikablo®.com

Weltkarte mit Reisezielen (Seite 49):
nexus via Padlet

| | |
|-----------|-------------------------------|
| 55 | Bürgerinnen und Bürger |
| 53 | Themen |
| 48 | Vorträge |
| 39 | Stunden Arbeitszeit |
| 13 | Sitzungen |
| 11 | Empfehlungen |
| 1 | Jahr |